

UTOPIE kreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

218 · Dezember 2008

Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

aus dem Inhalt

Editorial	1059
NachSatz	1061
Essay	
JOACHIM BISCHOFF Notoperation Verstaatlichung. Verläufe und Lehren der globalen Krise der Finanzmärkte	1063
Gesellschaft, Analysen & Alternativen	
MICHAEL R. KRÄTKE Grundeinkommen, Waren und öffentlicher Sektor. Über den Zusammenhang von Grundeinkommen	1073
Stalinismusdebatte	
THOMAS MARXHAUSEN Marx versus Stalin. Ein Beitrag zur Sozialismus-Debatte	1103

Editorial

Die Autorinnen und Autoren der »Utopie« und ihre Themen aufzuzählen, würde den Umfang dieses Heftes sprengen. Ihre Ideen und Träume, ihr Engagement und widerständiger Geist lassen sich nicht bilanzieren. Die Zeitschrift selbst hat seit September 1990 Monat für Monat die Utopien der Zeit und ihre Gegenwart Revue passieren lassen. Im Laufe der Jahre wurde aus »Der Utopie« ein riesiges Kalendarium der Zukünfte. Sie hat vielfältig die Erfahrungen mit den großen Entwürfen der vergangenen Jahrhunderte aufgerufen und an sie erinnert. Sie hat sie kritisch bewertet. Keine Zeitschrift der neuen großen Republik hat nach 1989 so konsequent gegen das vorgebliche »Ende der Utopien« geschrieben, mit der ein triumphierender Liberalismus einen neuen Weltkapitalismus festschreiben wollte.

Dagegen setzte sie die »Diskussion sozialistischer Alternativen«, wie es die Unterzeile im Titel der Zeitschrift formuliert. Die Suche nach den Potentialen für Wege in eine Zukunft jenseits des alternativen einher kommenden Kapitalismus spitzte sie so immer neu zu: Wie ist es mit dem Sozialismus? Was war, was bleibt, was sollte, was kann kommen? Das prägte die Zeitschrift und ihren scheinbar paradoxen Zuschnitt: als widerständiges Projekt in einer Zeit der historischen, weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung entstanden, musste die Frage nach der (zumal sozialistischen) Utopie immer neu den Reichtum der vielen Antworten erschließen, der in der Geschichte dieser und anderer Bewegungen entstanden war. Die Utopien des Heute und Morgen und der Vergangenheit mussten erschlossen werden. Das Argument der Geschichte zählte in der »Utopie« von Beginn an. Sie kritisierte (und verspottete!) das Totalverdict gegen Sozialismus, Kommunismus und die Linke und setzte ein eigenes kritisches Register der Geschichte des Sozialismus dagegen. Die »Utopie« beharrte auf Kontinuität und spürte zugleich den Brüchen nach.

Aber auch in anderer Hinsicht war die »Utopie« ein ganz ungewöhnliches Projekt. Sie gab gerade der abgewickelten ostdeutschen Intelligenz der Sozial-, Geistes- und Geschichtswissenschaften eine Stimme. Sie setzte sich mit dem Elend des Anschlusses und des Transformationsprozesses auseinander. Sie erschloss den oftmals abgeschlossenen Kulturen aus Ost und West Momente der globalen Vielfalt linker Kultur und Theorie. In einer tiefen Krisensituation trug sie zur Bewahrung wie Veränderung alter und zur Bildung neuer Identitäten bei. Und sie begleitete von Beginn an analytisch

und engagiert die Bildung und Entwicklung der PDS und dann der Partei DIE LINKE. Damit war sie eines aus der knappen Handvoll ostdeutscher Publikationsprojekte, die aus dem Ende der DDR hervorgingen und Bestand hatten. Die »Utopie« war (und blieb weitgehend) ein ehrenamtliches Unternehmen, das für viele ihrer Erfinder und Macher ein Lebensprojekt wurde, eine Selbstverständlichkeit ihrer wissenschaftlichen und politischen Arbeit. Es ist ihr Verdienst, dass die »Utopie« Monat für Monat erschien. Viele sind zu nennen, an dieser Stelle aber sicherlich Helmut Steiner und Jörn Schüttrumpf, weiter Wolfram Adolphi, Ulrich Busch und Arndt Hopfmann, Marion Schüttrumpf-Kunze, Ronald Löttsch, Ruth Andexel und Ulla Plener, Arnold Schölzel, Gerd Kurze, Harry Adler und Martin Schwirdehan. Dietmar Wittich war nicht nur lange Jahre ein zentraler Kopf der Zeitschrift, sondern sicherte vor allem in den letzten Monaten das Erscheinen der »Utopie«. Der NDZ-Verlag hat die Verbindung zum Markt gehalten, Elke Sadzinski hat den Satz besorgt, MediaService den Druck, und der Vertrieb oblag dem ND-Vertrieb. Ihnen allen gilt der Dank, den ich im Namen der Herausgeberin Rosa-Luxemburg-Stiftung aussprechen möchte.

Die Linke hat sich verändert. Die Erwartungen an eine wissenschaftlich-politische Zeitschrift der RLS steigen. Der Zeitschriftenmarkt und die Konkurrenzsituation im Medienbereich stellen ganz neue, schwierige Anforderungen. Ein überwiegend ehrenamtliches Team kann sich ihnen und der damit verknüpften inhaltlichen Neuaufstellung kaum stellen. Die Stiftung möchte sich daher der vielleicht schwierigsten Ambition stellen: Kontinuität zu bewahren und einen Neuanfang zu wagen. Wir wollen bis Mitte 2009 mit einer neuen Zeitschrift eine neue Seite aufschlagen, aber wir greifen zu keinem anderen Buch. Unsere Leser und Leserinnen, Autorinnen und Autoren bitten wir, die neuen Seiten mit uns gemeinsam zu füllen, zu lesen und beides mit der Klugheit, dem Vergnügen, aber auch dem Anspruch, der Anstrengung und dem Schmerz, die das große Buch der Utopien und ihrer Verwirklichung uns bedeutet.

HEINZ VIETZE

Nachsatz

Dass etwas – eine Einrichtung, eine Institution oder auch ein Druck-erzeugnis – geschlossen oder abgewickelt wird, ist gerade für uns mit einer Ostbiografie keine neue, aber auch keine angenehme Erfahrung. Nun ist also die Reihe an der »UTOPIE kreativ«. Die Herausgeberin, die Rosa-Luxemburg-Stiftung, hat per Vorstandsbeschluss am 10. Oktober entschieden, die Zeitschrift zum Ende des Jahres 2008, also mit diesem Heft, einzustellen. Im Laufe des folgenden Jahres soll eine neue Zeitschrift konzipiert und auf den Markt gebracht werden. Das Heft Nummer 1 von »UTOPIE kreativ« erschien im September 1990, Heft 218 wird mit hoher Wahrscheinlichkeit das letzte sein. Das ist für eine Zeitschrift nicht viel, für eine Gründung aus dem Jahr 1990 ist das aber auch nicht wenig. Das Erstaunliche ist also nicht, dass »UTOPIE kreativ« das Feld der geistig-politischen Kommunikation verlässt, das Erstaunliche ist eher, dass sie sich so lange hat halten können, dass sie vor allem die ersten Jahre überlebt hat. Unter den linken Zeitschriften in Deutschland war und ist sie diejenige, die aus ihrer Nähe erst zur PDS und dann zur Linkspartei nie einen Hehl gemacht und sich zugleich als pluralistisches linkes Publikationsprojekt profiliert hat.

Im Selbstverständnis ihrer Macherinnen und Macher – das meint Redaktion ebenso wie einen Großteil der Autorenschaft – bestand die Funktion der Zeitschrift darin, einen Beitrag zu leisten im geistig-politischen und im kulturellen Umfeld der LINKEN und der Linken in Deutschland insgesamt. Man kann darüber streiten, ob und in welchem Umfang sie dabei erfolgreich war. Auch geistig-politische Kommunikation kann nur wirksam werden, wenn es nicht nur einen Sender gibt, sondern auch die Empfänger eingeschaltet sind. Aber unstrittig sollte sein, dass eine solche Funktion notwendig ist und vielleicht sogar gebraucht wird.

Die politischen Landschaften sind permanent in Bewegung, das gilt global wie für die Europäische Union und die nationale Ebene. Eben sind die Präsidentschaftswahlen in den USA mit einem bemerkenswerten Ergebnis ausgegangen. Erstmals in der Geschichte wird ein Afroamerikaner Präsident sein. Wie sich dabei die Politik der USA gestalten wird, bleibt abzuwarten. Immerhin werden einige Akzente im Programm erkennbar. Sie betreffen zum einen die Wirtschaftspolitik und zum anderen den Krieg der USA im Irak. Wie kann sich ein aktives wirtschaftspolitisches Krisenmanagement der US-Administration auf die ökonomische Entwicklung im Lande und auf den internationalen Märkten auswirken? Wird es zu einem Rückzug der US-Truppen

aus dem Irak in den nächsten 16 Monaten kommen? Wie wird es mit Afghanistan weitergehen? Was werden die Konsequenzen für diese Länder und den gesamten Raum des Nahen und Mittleren Osten sein? Kündigt sich eine Abkehr der USA von ihrer selbsternannten Rolle als Weltpolizist und von dem militärischen Interventionismus an?

Allerorten ist die Rede von einer weltweiten Finanzkrise. Den internationalen neoliberalen Eliten ist die ach so geliebte Globalisierung aus dem Ruder gelaufen und in eine globale Finanzmarktkrise gesteuert. Diese Eliten, denen bisher das freie Spiel der Kräfte über alles ging, so jedenfalls ihre Ideologie, sind es jetzt, die nach Staatsinterventionismus rufen. Die Regierungen der kapitalistischen Metropolen sind ganz fix, um dem Finanzkapital mit Billionen unter die Arme zu greifen, in Deutschland allein sind dafür 500 Milliarden Euro bereitgestellt. Das Geld kann nur aus dem Staatshaushalt kommen, also aus den Steuern, die wir zahlen. Das ist eine enorme Steigerung der Umverteilung von unten nach oben. Als die Arbeitslosenzahlen anstiegen, wurde hingegen die Arbeitsförderung nicht ausgeweitet, sondern im Gegenteil heruntergefahren und schließlich fast ganz liquidiert. Eine ganz klare Klassenpolitik, die die bereits im Lande ausgeprägte soziale Ungerechtigkeit weiter verstärkt.

Und noch ein Beispiel: Es gilt offenbar als ausgemacht, bei der anstehenden Reform die Erbschaftssteuer deutlich zu senken. Erbschaftssteuer fällt nur an, wenn Eigentum von einer Generation auf die nächste übergeht. Die 90 Prozent Habenichtse in der Gesellschaft sind davon nicht betroffen, sie erben nichts und haben nichts zu vererben. Begünstigt werden die zehn Prozent Reichen im Lande, die ohnehin schon jede sich bietende Gelegenheit zur »Steuervermeidung« nutzen oder ihr Vermögen in »Steuerparadiesen« bunkern.

Es handelt sich um eine Auswahl von Vorgängen im politischen Raum, zu denen Analysen und Positionierungen aus gesellschaftskritischer Sicht nach wie vor gebraucht werden. Dies umso mehr, weil in der Gesellschaft die Spielräume und Wirkungsmöglichkeiten für linke Politik deutlich größer werden. »UTOPIE kreativ« wird dabei nicht mehr mitwirken können, andere werden sich diesen Aufgaben verstärkt widmen, so hoffe ich.

Es ist mir ein Bedürfnis, abschließend all jene zu nennen und ihnen zu danken, die mit ihren Leistungen die 218 Ausgaben der Zeitschrift ermöglicht haben: Helmut Steiner und Gunther Kohlmey als den Gründern, Hermann Klenner, der als Nestor der ostdeutschen Gesellschaftswissenschaften das Projekt immer konstruktiv-kritisch begleitet hat, und Ruth Adexel, Monika Noack, Ulla Plener, Marion Schütrumpf, Wolfram Adolphi, Ulrich Busch, Ronald Löttsch, Martin Schirdewan, Arnold Schölzel, Jörn Schütrumpf, die über längere oder kürzere Zeit die redaktionelle Arbeit geschultert haben, sowie Ruth Kampa als Verlegerin, Elke Sadzinski, die zuverlässige Setzerin, und Wolfgang Sabath, der regelmäßig die Festplatte beisteuerte. Die letzten acht Ausgaben seit Heft 211 hatte ich aus Gründen, die jetzt nicht erörtert zu werden brauchen, als Redakteur allein zu verantworten. Bedanken möchte ich mich bei Anja Laabs, Harry Adler, Thomas Falkner und Arndt Hopfmann, die mich dabei unterstützt haben.

Jetzt mache ich hier das Licht aus.

JOACHIM BISCHOFF

Notoperation Verstaatlichung

Verläufe und Lehren der globalen Krise der Finanzmärkte

Ein Ende der globalen Finanzkrise ist nicht in Sicht. Umgekehrt: Ein Jahr nach dem Platzen der Immobilien-Spekulation in den USA hat die Krise mit dem Zusammenbruch des Wallstreet-Regimes, der Kreditklemme im internationalen Bankensystem und der notgedrungenen Teilverstaatlichung etlicher Großbanken in den kapitalistischen Metropolen einen ersten Höhepunkt erreicht. Darauf folgend zeichnen sich Staatsbankrotte in Schwellenländern ab. Aber mehr noch: Was bis vor kurzem von den wirtschaftlich-politischen Eliten bestritten wurde, ist jetzt außer Zweifel: Die globale Finanzkrise wird begleitet von einer langwierigen Abschwächung der realen Wertschöpfung. Das kapitalistische Weltsystem wird durch die schwersten Turbulenzen seit der Weltwirtschaftskrise 1929 erschüttert¹.

Seit dem Herbst 2008 ist die globale Finanzkrise im Alltagsbewusstsein angekommen. Das Institut für Demoskopie in Allensbach konstatierte Ende Oktober 2008: »Die Mehrheit der Bevölkerung ist angesichts der Nachrichten ratlos und verunsichert (...) die überwiegende Mehrheit (hat) das Gefühl, ihr fehle jegliche Urteilsbasis. 78 Prozent sind überzeugt, dass das Finanzsystem so undurchsichtig geworden ist, dass es sich dem Verständnis des Bürgers völlig entzieht.«² Diese Bewertung muss vor dem Lebensalltag des Großteils der Lohnabhängigen gesehen werden. Die Zukunftserwartungen der Bürgerinnen und Bürger sind düster. Trotz wachsender Arbeitsbelastung nimmt die soziale Unsicherheit zu. Zahlreiche Untersuchungen der vergangenen Jahre belegen, dass immer mehr Menschen zunehmend unter Ängsten am Arbeitsplatz leiden. Am häufigsten wird dabei die Sorge um den Arbeitsplatz genannt, gefolgt von der Angst vor Krankheit und Unfall sowie der Angst, einen Fehler zu begehen. Ein Großteil erwartet, dass die Arbeitslosigkeit weiter anwachsen oder auf hohem Niveau stagnieren wird. Weit verbreitet ist die Einschätzung, dass die Schere der Einkommensverteilung weiter auseinander geht. Und zwei Drittel glauben, dass die Tendenz zur Ellbogengesellschaft sich verstärkt, dass der soziale Zusammenhang sich aufzulösen droht, dass »soziale Kälte« zunehmen wird. Weitaus die Mehrheit befürchtet die Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Gesellschaft und zur Deklassierung der Arbeitnehmer. Vor diesem Hintergrund entfalten die Hinweise auf die Gier des Managements als vermeintlich entscheidende Krisenursache ihre Wirksamkeit. Doch damit sind die Gründe für die Systemkrise nicht eingefangen.

Die komplementäre Seite zur offenkundigen Finanzkrise und offenkundiger Unkenntnis im Alltagsbewusstsein eines Großteils der

Joachim Bischoff –
Jg. 1944, Dr. rer. oec.,
Mitglied der Arbeitsgruppe
Alternative Wirtschaftspolitik
Memorandum; Redakteur
der Zeitschrift Sozialismus.
Zahlreiche Publikationen zur
Politischen Ökonomie des
Kapitalismus, neu: Globale
Finanzkrise: Über Vermö-
gensblasen, Realökonomie
und die »neue Fesselung«
des Kapitals, Hamburg
2008. Zuletzt in UTOPIE
kreativ: Hat der Linkssozia-
lismus eine Zukunft?,
Heft 148 (Februar 2003).

1 Vgl. Joachim Bischoff:
Globale Finanzkrise. Über
Vermögensblasen, Real-
ökonomie und die »neue
Entfesselung« des Kapitals,
Hamburg 2008.

2 Renate Köcher: Wasser
auf die Mühlen der Linken,
in FAZ vom 22. Oktober
2008.

Bevölkerung sind die groß angelegten Notaktionen von Staat und Politik. In Rekordzeit wurden in den Parlamenten der entwickelten kapitalistischen Länder gigantisch große Rettungspakete durch gewunken. Auch für die meisten Parlamentarier dürfte gelten, dass sie nicht recht übersehen, welchen massiven Staatseingriffen sie dabei zugestimmt haben. Tendenzen zur Verselbständigung der Staatsapparate haben in der Krise Fahrt aufgenommen. Der Großteil der Bevölkerung macht seine Bewertung der staatlichen Interventionen davon abhängig, in welcher Weise die Rettungsmaßnahmen zu einer Zurückdrängung der Unsicherheit für die privaten Haushalte beitragen. Dabei gilt: Mit der (Teil-)Verstaatlichung von Finanzinstituten und massiven Kreditgarantien lässt sich ein weitgehender Zusammenbruch verhindern, aber mehr nicht.

Die globale Krise trifft nicht nur die Finanzmärkte und es geht auch nicht allein um die Bewältigung der sich anbahnenden Weltrezession. Es ist mehr zusammengebrochen: Die neoliberale Ideologie hat einen Vernunft- und Glückszusammenhang zwischen Individuum und Globalisierung versprochen, der nun mit dem Platzen der Vermögensblase auch ökonomisch am Ende ist. Es kann nicht mehr in Abrede gestellt werden, dass der entfesselte Kapitalismus sich durch seine eigene Logik diskreditiert hat. Dieses offenkundige Scheitern des säkularen Projekts der Entfesselung des Kapitals ist noch lange nicht verarbeitet.

Plötzlich werden die Fans der Marktsteuerung zu Regulierungsanhängern. Es geht aber um weit mehr als um Bankenaufsicht, einen TÜV für Finanzprodukte und ein paar Schranken für Kreditgeschäfte. Die zentrale Aufgabe besteht darin, die Dominanz der Finanzmärkte über die Realökonomie aufzuheben. Und um die sozialen Ängste aus dem Lebensalltag zu bannen, muss die Privatisierung und Absenkung der sozialen Sicherheit sowie die Prekarisierung der Arbeit rückgängig gemacht sowie die ausufernde Armut wachsender Teile der Bevölkerung bekämpft werden – öffentliche Aufgaben, zu deren Finanzierung alle Einkommensarten heranzuziehen sind.

Krisenketten

Die globale Finanzkrise hat die kapitalistische Gesellschaftsordnung in den Grundfesten erschüttert. In den USA summieren sich die diversen Notoperationen zur Rettung des Kredit- und Bankensystems sowie der Konjunktur der Realökonomie auf 1,7 Billionen Dollar. In der Größenordnung von rund 2 Billionen Euro haben die europäischen Länder auf die Systemkrise reagiert. Gleichwohl: Der Schwerpunkt der Notmaßnahmen liegt im Bereich der Stützung der Banken und des Kreditkreislaufes. Der eigentliche Kern der Krise liegt aber in den Not leidenden Hypothekenkrediten und mittlerweile bei den Konsumentendarlehen. Durch den anhaltenden Preisverfall bei Immobilien nicht nur in den USA sondern auch in europäischen Ländern mit einem übersteigerten Immobilienpreisniveau (Irland, Spanien, Großbritannien) weitet sich der Krankheitsherd noch aus. Neben den Hypothekarkrediten sind die privaten Haushalte auch durch Kreditkartenschulden und sonstige Raten- oder Konsumentenschulden extrem belastet (ca. 2,6 Billionen \$). Durch die Abschwächung der Realökonomie, d. h. rückläufigen

Investitionen, Abbau der Beschäftigung und Einbußen beim Einkommen der privaten Haushalte, spitzt sich die Entwicklung weiter zu. Die Schranken der Schuldenökonomie, Konsumzurückhaltung angesichts der ökonomischen Unsicherheit und die Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt sind die wichtigsten Faktoren einer einsetzenden Kontraktionsbewegung auf die Binnenökonomie. Aber der Ruf und teils das praktische Handeln nach staatlicher Intervention treffen auf einen verschlankten bürgerlichen Staat.

Die Staatsfrage

Eine der entscheidenden Fragen für die Zukunft ist die Rolle des modernen bürgerlichen Staates. Das Mitglied des Sachverständigenrates Bofinger konstatiert: »Das erste Jahrzehnt des neuen Jahrtausends war keine gute Zeit für den deutschen Staat. Er hat einen im internationalen und historischen Vergleich einzigartigen Verlust an finanziellen Ressourcen und politischen Entscheidungskompetenzen erfahren. Diese Entwicklung geht einher mit einer wachsenden Entfremdung der Bürger von ihrem Staat, die sich in einer abnehmenden Wahlbeteiligung und schrumpfenden Mitgliederzahlen der Parteien ebenso äußert wie in einem immer stärker werdenden öffentlichen Ansehenverlust der Politiker.«³ Dem neoliberalen Ideal des Minimal- oder Marktstaats versucht die politische Linke im Rückgriff auf »europäische Sozialmodelle« eine modernisierte Staatsauffassung entgegenzusetzen, die einerseits den gegenwärtigen Transnationalisierungsprozessen wie auch dem sozialpolitischen Anspruch auf innergesellschaftliche Regulierung und Intervention Rechnung trägt. Dabei gilt: »Die Zukunft des Staates hängt, zumindest in Europa, an der Einsicht, dass der Staat des 20. Jahrhunderts, der nach außen und innen souveräne Nationalstaat, keine Zukunft mehr hat.«⁴ Dieser Kompetenzverlust des Nationalstaates ist unaufhaltsam, dennoch stellt der gegenwärtige kapitalistische Staat »kein Auslaufmodell« dar.

Im bürgerlichen Parteienspektrum gibt es widerstreitende Tendenzen: Einerseits gibt es nach wie vor eine solide Basis für den Versuch der Behauptung des Nationalstaats, auch um den Preis, dass erhebliche Abstriche an der sozialen Sicherheit und den öffentlichen Leistungen hingenommen werden müssen; andererseits vertreten die Neoliberalen eine konsequente Modernisierung, selbst wenn dabei die Auflösung der Nationalität herauskommt; ihr Ziel ist es, in Anschluss an die internationalen Finanzmärkte und die multinationalen Unternehmensnetzwerke einen schlanken Markt-Staat zu etablieren. »In the market-state becomes the economic arena replacing the factory. In the marketplace, men and women are consumers, not producers.«⁵ Der Marktstaat stützt sich auf eine Eigentümergesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger auf ökonomische Steuerung, Einkommensumverteilung und öffentlich organisierte sozial-kulturelle Dienste (Sicherheit, Bildung) verzichten, weil diese in Eigenregie gekauft werden können.

Die Sozialdemokraten werben für den »aktivierenden Staat«, bei dem noch offen ist, wie weit seine sozialpolitisch repressiven Züge reichen, ob er einer weiteren innergesellschaftlichen Demokratieentleerung gegensteuern kann und in welcher Weise er in kapitalisti-

3 Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: Das Ende der Politik, Münster 2003, S. 356.

4 Erhard Eppler: Auslaufmodell Staat?, Frankfurt/M. 2005, S. 211.

5 Philip Bobbit: The Shield of Achilles, Suffolk 2002, S. 230.

sche Akkumulationsstrukturen eingebunden ist. »Der Sozialstaat, wie wir ihn bislang kennen, wurde für die Wirklichkeit der national begrenzten Industriegesellschaft geschaffen, in der die Männer das Familieneinkommen erwirtschaften. Dieser Sozialstaat ist in erster Linie auf Transferleistungen ausgerichtet und verfolgt zu sehr nachsorgende Ziele. Er kümmert sich zu wenig darum, Krankheiten und Arbeitslosigkeit, Bildungsmangel, Ausschluss und Armut von vornherein zu verhindern. Er investiert zu wenig in die soziale Infrastruktur und leistet keinen hinreichenden Beitrag, um die aktive Teilhabe der Menschen am Leben der Gesellschaft zu unterstützen. Er fördert die Menschen zu wenig und setzt Fehlanreize. Er ist gemessen an seinen Ergebnissen zu teuer, seine Finanzierungsbasis ist brüchig und ungerecht geworden.«⁶ Die modernisierte Sozialdemokratie will den postfordistischen Staat danach ausrichten, »den einzelnen Bürger zur Teilnahme und Teilhabe auf den Märkten zu befähigen« (Peer Steinbrück).

6 Matthias Platzeck:
Ein besserer Sozialstaat,
Bonn 2006.

Auch die politische Linke jenseits der Sozialdemokratie muss sich den realen Veränderungen auf der Ebene des Staates stellen. Hier dreht sich die Debatte vor allem darum, eine Positionsbestimmung links vom »neusozialdemokratisch« aktivierenden Staat vorzunehmen, die die nationalstaatliche Ebene als politische Arena nicht abschreibt und in der Re-Zivilisierung der Lohnarbeit und einer arbeitgesellschaftlichen Erneuerung sozialer Sicherheit emanzipatorische Perspektiven ausmacht. Einer solchen Sichtweise auf den kapitalistischen Staat werden von anderen linken Strömungen »Sozialstaatsnostalgie« und aussichtslose Revitalisierungsversuche in der Tradition eines Postkeynesianismus vorgehalten.

Die zurückliegende Staatsdebatte – in diesem Punkt folgen wir Leibfried – kann zugespitzt folgendermaßen zusammengefasst werden: »In den letzten 20 Jahren war es im politischen Spektrum links wie rechts geradezu Mode, das Ende des Staates zu behaupten – insbesondere des Sozialstaates (...) Seit einiger Zeit dringen indessen andere Töne durch. Der Staat kommt offensichtlich wieder in Mode.«⁷ In dieser Debatte entlang der Schlagworte »Ende des Nationalstaats«, »Marktstaat« und »Rückkehr des Staates« kommen wir nur weiter, wenn wir die Entstehung und Formveränderung des Staates in der kapitalistischen Gesellschaft in den Prozess der Säkularisation einordnen.

7 Stephan Leibfried: Rückkehr des Staates? In Blätter für Deutsche und Internationale Politik Heft 5, 2008, S. 79.

Neoliberalismus: keine Dynamisierung der Kapitalakkumulation

In allen entwickelten kapitalistischen Ländern hat sich seit Mitte der 1970er Jahre ein gegenüber den früheren Nachkriegsjahrzehnten völlig verändertes Paradigma der gesellschaftlichen Entwicklung durchgesetzt. Zunächst ging es lange Zeit vor dem Hintergrund beträchtlicher Zuwachsraten des gesellschaftlichen Gesamtprodukts, deutlicher Produktivitätsfortschritte und einer dynamischen Innovationskultur auch um höhere Zuwächse für die Arbeitseinkommen, kürzere Arbeitszeiten, Verlängerung des Jahresurlaubs und den Ausbau der sozialen Sicherheit für alle, also nicht nur die lohnabhängige Bevölkerung. Die Grundidee der sozialen Marktwirtschaft oder des sozialstaatlich regulierten Kapitalismus war: Durch die Dynamik der Kapitalakkumulation werden die Lohnabhängigen und die Sub-

alternen in das System eingebunden. Die arbeitende Bevölkerung sicherte sich durch gewerkschaftliche Interessenvertretung und Beeinflussung politischer Kräfteverhältnisse eine mehr oder minder angemessene Beteiligung an der ausgeweiteten Produktion des gesellschaftlichen Reichtums.

In den 1970er Jahren geht dieser Entwicklungsabschnitt zu Ende. Über die Gründe existiert wenig Konsens. Die wichtigsten Faktoren sind: Abflachung der Akkumulations- und Wachstumsdynamik, Übergang in eine andauernde Krise des gesellschaftlichen Betriebsweise, Erosion der finanziellen und gesellschaftlichen Grundlagen der *mixed economy* und der sozialstaatlichen Regulation, Machtverschiebung innerhalb des Kapitalverhältnisses durch Transformation des Manager- in den Vermögens- oder Shareholderkapitalismus, Veränderungen innerhalb der internationalen Struktur.

Diese Veränderungen sind durch politische Akteure umgesetzt worden. Zu Beginn der 1980er Jahre wurde schrittweise in allen Hauptländern eine neoliberale Konzeption der Gesellschaftspolitik mehrheitsfähig. Ein sozialer Block unter politischer Führung von neoliberal »modernisierten« konservativen Parteien sorgte für eine enorme Zuspitzung der Verteilungauseinandersetzungen. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse hatten sich so verschoben, dass die ökonomischen und politischen Eliten alle Elemente des Status der Lohnarbeit (Einkommen, Arbeitszeit, tarifvertragliche Regelungen, soziale Sicherheit) zur Disposition stellen. In den letzten 25 Jahren wurde der Produktivitätsfortschritt zum größten Teil den Unternehmen überlassen in der Hoffnung, dass dadurch neue Arbeitsplätze entstehen. Die Lohnzurückhaltung brachte jedoch ebenso wenig wie der stufenweise inszenierte Sozialabbau eine Trendwende. Vielmehr verstärkte sich der Verdrängungswettbewerb des Kapitals, und durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalisierten sich die Vertreter neoliberaler Politik. Ihre Hegemonie wurde brüchig: Faktisch verharrten große Teile der Bevölkerung in Resignation bei wachsendem Vertrauensverlust in die gesellschaftlichen Institutionen und Formen demokratischer Willensbildung.

In der Krise die Tendenz zum Markt-Staat umkehren?

Wir hatten es weltweit zu tun mit einem qualitativen Wandel des Kapitalismus. Seit Jahren wuchsen die privaten Finanzvermögen schneller als das Bruttoinlandsprodukt. Renditeziele wurden zum entscheidenden Bezugspunkt der Unternehmensentscheidungen. In diesen Zusammenhang ordnet sich die Krise des Steuerstaates, die Tendenz zur Privatisierung und die Explosion der öffentlichen Verschuldung ein. Also Transformation durch

- Internationalisierung
- Steuersenkung, Privatisierung, Rücknahme der sozialen Ausgleichungsbewegungen
- Entfremdung des Citoyen, daher Verselbständigungstendenz des politischen Systems bis hin zum autoritären Staat⁸.

Der von den Finanzmärkten bewirkte Akkumulationsmodus veränderte die Konsumtionsbedingungen der Arbeitskraft und die Verteilungsverhältnisse zwischen den Klassen. Die Ausrichtung am Shareholder Value und die dahinter steckende Begünstigung der

8 Vgl. Frank Deppe, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban: Notstand der Demokratie, Hamburg 2008.

leistungslosen Kapital- und Vermögenseinkommen schlug sich in einer gesamtgesellschaftlich fallenden Quote des Arbeitseinkommens nieder. Die weitreichendste Folge dieser Entwicklung war die Herausbildung einer gespaltenen Ökonomie – der Sektor von tariflich geregelten Normalarbeitsverhältnissen wird mehr und mehr unter Druck gesetzt durch den Bereich der ungeschützten, marginalisierten Arbeit, letztlich der Erwerbsverhältnisse in dem anwachsenden Sektor der informellen Ökonomie. Es bleibt allerdings nicht bei der Herausbildung einer neuartig zusammengesetzten »underclass«, sondern Einkommensverluste und Verschlechterungen des sozialen Status erfassen nach und nach die Mehrheit der Lohnabhängigen: »Wir haben es mit einer Destabilisierung der Lohnarbeitsgesellschaft zu tun, die wie eine Druckwelle vom Zentrum ausgehend die ganze Gesellschaft erfasst, mit unterschiedlichen Auswirkungen auf verschiedenen Ebenen«⁹ – soziale Spaltung, Funktionswandel der Öffentlichkeit (Sennett), Untergrabung des politischen Systems und wachsende Distanzierung und Gleichgültigkeit gegenüber Staatsbürgerrechten und deren aktiver Wahrnehmung.

9 Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz 2001, S. 17.

Der finanzmarktorientierte Akkumulationsmodus veränderte nicht minder grundsätzlich die über stattliche Ausgaben und Regulierung bestimmten Lebensverhältnisse, vor allem durch die rigorose Beschneidung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse. »Der Privatisierungsdruck auf die öffentlichen Infrastrukturen und die sozialen Sicherungssysteme erwächst (...) einerseits aus der Profitgier anlagesuchenden Kapitals und andererseits – als dessen Spiegelbild – aus der Verarmung der öffentlichen Hand.«¹⁰ Ohne die politisch gewollte Tendenz zur Vertiefung der Fiskalkrise – einerseits Steuersenkungswettbewerb und Verschiebung in den Verteilungsverhältnissen zulasten der Arbeitseinkommen, andererseits enorm akkumulierte öffentliche Schuldtitel – konnte für die Privatisierungstendenz keine politische Legitimität organisiert werden. Die neoliberale Politik versprach, durch Steuersenkungen – vor allem für die Unternehmer- und Vermögenseinkommen – die Akkumulationsdynamik zu revitalisieren; faktisch wurde damit der Weg in die Fiskalkrise der öffentlichen Institutionen vorangetrieben. Auf den so erzeugten »Sachzwang« wurde die radikale Privatisierung öffentlichen Eigentums und öffentlicher Unternehmen als Ausweg angeboten.

10 Brigitte Mahnkopf: Wider die Privatisierung öffentlicher Güter oder: Warum die soziale Demokratie das erste Opfer der Privatisierung wird, in: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004, S. 83.

Die Erosion der finanziellen Fundamente der öffentlichen und Sozialkassen wurde durch eine Steuersenkungs- und Steuerverlagerungspolitik zugunsten der Kapital- und Vermögenseinkommen verschärft. US-Präsident Reagan prägte Anfang der 1980er Jahre das Bild vom Staat als gieriger Bestie. Weil eine Regierung nicht die Abschaffung des Staates propagieren kann, sahen die Republikaner den entscheidenden Hebel zum Abdanken des Staates in sozialen Belangen in der Strategie des Budgetdefizits. »Starve the Beast« nannte Reagans Haushaltsplaner Stockman jene politische Option, mit der man versuchte, mit Steuersenkungen, Staatsverschuldung und der Betonung der Priorität des Militärs der Bestie des sozialen Staates Herr zu werden. Durch die bewusste Verschärfung der Fiskalkrise sollten die Möglichkeiten beschnitten werden, Sozialprogramme zu finanzieren und damit die Bürger zu entmündigen.

Diese Politik der Verschlingung des Staates ist mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise zusammengebrochen. Schlagartig wird die Rückkehr zur Intervention des Staates gefordert. Die eigentliche Herausforderung liegt darin, dass die schwere Kreditkrise der Auftakt zu einer harten Rezession ist. Für die politische Linke sind daran zwei Fragen gekoppelt: Ist die Wiederherstellung eines normalen Akkumulationsprozesses möglich, und können wir uns mit einer Wiederherstellung des bürgerlichen Akkumulationsprozesses zufrieden geben?

Verstaatlichung der Banken – Ende der Finanzkrise?

Mit Bürgschaften für Spareinlagen, Garantien für Kredite, die die Banken untereinander vergeben, staatliche Eigenkapitalbeteiligungen und neue Bilanzierungsregeln wollen die entwickelten kapitalistischen Länder die globale Finanzkrise niederringen. Sind dies die ersten Schritte zu einer neuen Finanzmarktarchitektur und gehört die Krise bald der Vergangenheit an? Die Vertreter der kritischen oder alternativen Ökonomie sind zu Recht skeptisch. Zwar ist eine groß angelegte Rettungsaktion für die Banken unverzichtbar. Aber jetzt werden mit enormen Summen Symptome bekämpft. Der Grund für die globale Finanzkrise liegt in der politisch beförderten Schuldenökonomie. Vor allem private Haushalte sind zu einer fahrlässigen Privatökonomie veranlasst worden – hinter den Not leidenden Kreditpaketen in den Finanzhäusern stehen Hypothekenkredite, Kreditkartenschulden, Automobil- oder anderweitige Konsumentenkredite sowie Studiendarlehen. Schließlich sollte die soziale Sicherheit aus dem Umverteilungssystem auf die Kapitalmärkte verlagert werden. Steuersenkungen und Privatisierung von sozialer Sicherheit waren wesentlich Treibsätze für die Vermögensblase. Wer hier grundlegend aufräumen will, muss die gesellschaftlichen Machtverhältnisse und die obsoleten Verhältnisse verändern.

Solange die Krisenherde nicht beseitigt sind, bleibt jede Rettungsaktion für die Finanzinstitute fragil. Außer einigen Konjunkturprogrammen in den USA (rund 170 Milliarden Dollar) und Japan (rund 13 Milliarden Euro) ist bislang wenig zu einer sozial verträglichen Rückführung der Schuldenökonomie der privaten Haushalte unternommen worden. Infolge des sich abzeichnenden Konjunkturabschwungs könnte sich die ökonomische Situation des Großteils der privaten Haushalte weiter verschlechtern. Soll die Finanzmarktkrise und die nachfolgende schwere Rezession dauerhaft bekämpft werden, müssten die Regierungen auch beträchtliches Geld in die Hand nehmen, um eine langwierige Schrumpfung des Wirtschaftsprozesses zu unterbinden. Dies muss aber von Beginn an mit einer Neuordnung der Steuerpolitik verbunden sein.

Es gibt durchaus Spielräume für international koordinierte nationale Anti-Krisenprogramme. Deutschland als die ökonomisch führende Macht in Europa hat dabei einen erheblichen Einfluss beispielsweise auf die Europäische Zentralbank, damit diese die Zinsen senkt. Gleichzeitig sollten die Regierungen daran gehen, die Banken zu prüfen und zu entscheiden, welche sie Bankrott gehen lassen und welche sie retten müssen. Wir brauchen ein System, in dem alle Finanzunternehmen ab einer bestimmten Größe den gleichen Vorschriften für das

Vorhalten von Eigenkapital und das zulässige Ausmaß der Verschuldung sowie Berichtspflichten unterliegen. Und diese Regeln müssen verbindlich sein und keine neuen Ausnahmen zulassen. Einige Länder brauchen ein Moratorium für Hypotheken- und Konsumentenkredite. Schließlich müssen wir zügig ein umfangreiches Programm für öffentliche Investitionen auflegen. All dies muss begleitet werden von einer Neuordnung der Verteilungsverhältnisse.

Die kurzfristige Expansion der Neuverschuldung müsste in eine Verbesserung der Einnahmesituation der öffentlichen Haushalte eingebunden werden. Eine Hauptursache für die relative Entkoppelung des Finanzsektors von der Realökonomie liegt eben auch daran, dass die Vermögenseinkommen und die Vermögenswerte völlig unzureichend zur Finanzierung von öffentlichen und sozialen Einkommen herangezogen wurden. Es reicht nicht aus, die Managergehälter zu beschränken. Wir brauchen in allen kapitalistischen Ländern – vor allem auch in der Bundesrepublik Deutschland – eine härtere Besteuerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen. Von all diesen Aspekten einer Neuordnung des Finanzsektors ist in den Notprogrammen der Regierungen wenig zu finden. Nicht zuletzt wäre auch eine neue Weltwirtschafts- und Finanzordnung zu fordern, wie sie gegenwärtig unter dem Stichwort »Neues Bretton Woods«¹¹ benannt wird.

Die linken oder sozialistischen Alternativen müssen von den nationalen Besonderheiten ausgehen. Beispielsweise konstatieren selbst Politiker des bürgerlichen Lagers, dass sich die »Berliner Republik« auch von der EU-Kommission in eine gesellschaftspolitische Sackgasse hat hineintreiben lassen. Diese wollte auch das System der Sparkassen und Volksbanken der Kapitalmarktfreiheit unterwerfen. Deren Zerschlagung konnte verhindert werden. Gegenwärtig schieben die Bürgerinnen und Bürger hierzulande ihre Spareinlagen in dieses System um. Die Linke könnte dies befördern und – mit einigen begleitenden Maßnahmen – nicht nur für viele Bürgerinnen und Bürger eine wünschbare Sicherung ihrer Spareinlagen organisieren, sondern zugleich die Grundlage für eine Neuausrichtung des Kreditsystems an den Bedürfnissen der kleinen und mittleren Unternehmen sowie regionaler Wirtschafts- und Einkommenskreisläufe schaffen.

Politischer Korridor in eine solidarische Ökonomie

Mit einem Maßnahmenbündel, das im Kern eine Veränderung der Verteilungsstrukturen zum Hebel für eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses und eine planmäßige Veränderung der Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft macht, hatte bereits Keynes im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für eine Strukturpolitik plädiert, die die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus der Stagnation, Depression und Deflation herausführt¹². Im Kern geht es dabei um folgende Komponenten einer den Fordismus überschreitenden Regulation:

1. Ausweitung des »sinnvollen« Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen;
2. Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen;
3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen.

11 Das Bretton-Woods-System, benannt nach der Konferenz von Bretton Woods, war ein Währungs- und Finanzsystem, das vom goldhinterlegten US-Dollar als Leitwährung bestimmt war. Die Bretton-Woods-Organisationen bzw. -Institutionen sind die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). 1973 wurde die Golddeckung fallen gelassen. In den massiven Verschiebungen der aktuellen Währungsrelationen kündigt sich eine Neuordnung des überlieferten Systems an.

12 Vgl. John M. Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1928), in: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität; Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg 1998; John M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens (1918), zit. in: Joan Violet Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1968; Karl Georg Zinn: Die keynessche Alternative: Ökonomie und Moral jenseits des kapitalistischen Neofeudalismus, Hamburg 2008.

Sowohl die theoretische Analyse der Stagnation in reifen kapitalistischen Gesellschaften als auch das von Keynes skizzierte Maßnahmenbündel haben für die gegenwärtige gesellschaftliche Auseinandersetzung eine herausragende Bedeutung. Nach den Notplänen für den Finanzsektor und der Herausbildung einer Vollbeschäftigungskonstellation gilt es in die Verteilungsverhältnisse einzugreifen und durch Arbeitszeitverkürzung, Ausweitung sozial-kultureller Dienste und Förderung »sinnvollen« Konsums den Übergang in eine andere Ökonomie zu organisieren. Diese Alternative stellt weder eine »nostalgische« Rückkehr zum fordistischen Sozialstaat mit seinen bornierten Seiten dar noch bloßes Wunschdenken, sondern schließt an Entwicklungsergebnisse des Kapitalismus an. Die Machtverschiebung zugunsten der Vermögensbesitzer durch die neoliberale Deregulierung und Privatisierungspolitik muss korrigiert werden. Unter dem Stichwort »Euthanasie des Rentiers« hat Keynes eine Vision einer kapitalistischen Welt entwickelt, in der Kapitalinvestitionen nur noch eingeschränkte Möglichkeiten einer produktiven Verwendung haben. In einer Konstellation hoher Produktivität und damit des gesellschaftlichen Überschusses müssen wir die mentalen und politischen Hindernisse an der Beseitigung des funktionslosen Reichtums oder des leistungslosen Einkommens in das Zentrum der Kapitalismuskritik rücken.

Der entscheidende Punkt für das Engagement für einen Ausbau des öffentlichen Sektors ergibt sich aus der Notwendigkeit einer neuen Qualität der Programmierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie: Stopp der Kürzungen bei Sozial- und Arbeitseinkommen; Wiedereinführung der Vermögenssteuer und Einführung einer höheren Besteuerung großer Erbschaften; realistische Immobilienbewertung und Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Mit der erzielten Verbesserung der öffentlichen Einnahmen werden öffentliche Investitionen, vor allem im kommunalen Bereich, finanziert. Durch ein Zukunftsinvestitionsprogramm sorgt der Staat für Investitionen und Beschäftigung und ermöglicht damit Einkommen, die Sozialstaatstransfers erübrigen. Nach der Überwindung der wirtschaftlichen Stagnation muss das Steuersystem also grundlegend erneuert werden. Alle Unternehmen müssen bezogen auf den Wertschöpfungsprozess angemessene Steuern bezahlen, die unter den Kommunen, Ländern und dem Nationalstaat nach den zu finanzierenden Aufgaben aufgeteilt werden. Darüber hinaus müssen von allen Einkommen je nach Leistungsfähigkeit Steuern zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Sozialabgaben erhoben werden.

Literatur

- Elmar Altwater: Was passiert, wenn öffentliche Güter privatisiert werden, in: *Peripherie* 90/91, Münster 2003.
- Elmar Altwater: *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster 2005.
- Joachim Bischoff: *Globale Finanzkrise. Über Vermögensblasen, Realökonomie und die »neue Entfesselung« des Kapitals*, Hamburg 2008.
- Philip Bobbit: *The Shield of Achilles*, Suffolk 2002.
- Ernst-Wolfgang Böckenförde: *Der säkularisierte Staat*, München 2008.
- Pierre Bourdieu u. a.: *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.
- Ulrich Brand: *Das World Wide Web des Anti-Neoliberalismus*, in: Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: *Das Ende der Politik*, Münster 2003.

- Ulrich Brand, Joachim Hirsch: Suchprozesse emanzipatorischer Politik, in: Das Argument 263.
 Robert Castel: Der Zerfall der Lohnarbeitsgesellschaft, in: Lohn der Angst, Liber Jahrbuch 3, Konstanz 2001.
 Frank Deppe, Horst Schmitthenner, Hans-Jürgen Urban: Notstand der Demokratie, Hamburg 2008.
 Erhard Eppler: Auslaufmodell Staat?, Frankfurt/M. 2005.
 Philipp Hersel: Das internationale Schuldenmanagement. Wenn Gläubiger globale öffentliche Güter pfänden, in: Achim Brunnenbräber (Hrsg.): Globale öffentliche Güter unter Privatisierungsdruck, Münster 2003.
 Joachim Hirsch: Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg 2005.
 Jörg Huffschild: Erdumfassend und porentief: die Privatisierung der Welt, in: Ders.: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004.
 Bob Jessop: Kapitalismus, Regulation, Staat, Hamburg 2007.
 John M. Keynes: Wirtschaftliche Möglichkeiten für unsere Enkelkinder (1928), in: Norbert Reuter: Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität. Wirtschaftspolitische Leitbilder zwischen Gestern und Morgen, Marburg 1998.
 John M. Keynes: Die wirtschaftlichen Folgen des Friedens (1918), zit. in: Joan Violet Robinson: Die fatale politische Ökonomie, Frankfurt/M. 1968.
 Renate Köcher: Wasser auf die Mühlen der Linken, in FAZ vom 22. Oktober 2008.
 Stephan Leibfried: Rückkehr des Staates? In Blätter für Deutsche und Internationale Politik Heft 5, 2008.
 Brigitte Mahnkopf: Wider die Privatisierung öffentlicher Güter oder: Warum die soziale Demokratie das erste Opfer der Privatisierung wird, in: Die Privatisierung der Welt, Hamburg 2004.
 Matthias Platzeck: Ein besserer Sozialstaat, Bonn 2006.
 Karl Heinz Roth: Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven, Hamburg 2005.
 Rainer Roth: Das Kartenhaus. Staatsverschuldung in Deutschland, Frankfurt/M. 1998.
 Albert Scharenberg, Oliver Schmidtke: Das Ende der Politik, Münster 2003.
 Karl Georg Zinn: Die keynesische Alternative: Ökonomie und Moral jenseits des kapitalistischen Neofeudalismus, Hamburg 2008.

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

Liebe Leserinnen, liebe Leser!

Wir möchten uns an dieser Stelle bei Ihnen – den alten wie den jungen Leserinnen und Lesern – ganz herzlich für Ihre Treue, für Ihre Kritiken und Hinweise bedanken. Unser Dank gilt auch den vielen Bibliotheken, die uns bisher in ihrem Angebot haben, und bei den Nutzern, die unsere Texte nachgedruckt oder ins Internet gestellt haben.

Die Redaktion

MICHAEL R. KRÄTKE

Grundeinkommen, Waren und öffentlicher Sektor

Über den Zusammenhang von Grundeinkommen und Kapitalismus

Wie das Grundeinkommen seinen Charme verlor

Das Grundeinkommen war zu Anfang eine Skandalidee – seine Vorkämpfer in der Bundesrepublik der 1980er Jahre hatten die Idee zwar nicht erfunden, propagierten sie jedoch unter der Fahne der »Befreiung von falscher Arbeit«, Befreiung vom Arbeitszwang, Befreiung vom Vormund Sozialstaat. Dank solcher Debatten gewannen die Grünen den Ruf, eine radikal sozialreformerische Partei zu sein. Aber dem radikalen Projekt zum Umbau nicht nur des Sozialstaats, sondern gleich der ganzen bürgerlichen Gesellschaft wurden die Drachenzähne gezogen, sobald die Vordenker sahen, dass es sich durchaus in Übereinstimmung mit der herrschenden Denkweise bringen und als gut bürgerliche Sozialreform verkaufen ließ.¹ Richtig konzipiert und eingeführt, sollte es die Armutfallen vermeiden beziehungsweise aufheben und ganz entsprechend der Logik der positiven und negativen Arbeitsanreize funktionieren, so wie wir sie in den Arbeitsmarktschemata der Lehrbuchökonomie finden. Danach reagieren die »Arbeitsanbieter« auf höhere Arbeitseinkommen mit vermehrtem »Arbeitsangebot« und entziehen sich dem Arbeitsmarkt, wenn die Löhne zu niedrig werden; umgekehrt reagieren die »Arbeitgeber« auf zu hohe und steigende Löhne, indem sie die Beschäftigung reduzieren beziehungsweise das Ausmaß der Unterbeschäftigung erhöhen. Daher kann es bei »freiem Spiel« der Kräfte keine »unfreiwillige Arbeitslosigkeit« geben. Arbeitslosigkeit entsteht nur, weil die Leute zu hohe Löhne verlangen oder nicht arbeiten wollen; beides erlaubt ihnen der Sozialstaat, der sie übermäßig und alle Marktlogik konterkarierend schützt. Das ist zwar empirisch längst widerlegt, doch tut das dem ideologischen Gebrauchswert dieser pseudowissenschaftlichen Veranstaltung keinen Abbruch.² Es gibt kaum einen besseren Beweis für die ungebrochene Hegemonie dieses Kernstücks der herrschenden Lehre als die Anpassung der Idee eines Grundeinkommens an die Logik der »Anreizstruktur« des Arbeitsmarkts.

Damit verlor die ursprüngliche Idee ihren utopischen Charme und wurde der vermeintlichen »Strenge« konventionellen ökonomischen Denkens geopfert.³ Das Freiheitspathos einer zeitweilig wilden Idee wurde aufgegeben, um respektabel zu werden, das heißt Leuten zu gefallen, deren Horizont die bürgerliche Denktretmühle der angeblichen »Marktgesetze« nicht überstieg. Aus einem anti-kapitalistisch gemeinten Projekt wurde eine Reformidee, die dazu dienen soll, dem neoliberalen Projekt der Beschleunigung und Entfesselung aller

Michael R. Krätke – Jg. 1950, Ökonom, Soziologe und Politikwissenschaftler, ab Januar 2009 Professor für Soziologie und Politische Ökonomie und Direktor des Institute for Advanced Studies an der Universität Lancaster, Großbritannien; letzte Veröffentlichung: Kleine Geschichte der Weltwirtschaft: Staaten und Märkte, Hamburg 2007.

1 Selbst in den radikalsten Varianten wurde das Grundeinkommen als »kapitalistischer Weg zum Kommunismus« gepriesen – vgl. Philippe van Parijs/Robert van der Veen: A Capitalist Road to Communism?, in: Theory and Society, 15 (1986), S. 635, 655.

2 Jahrzehnte lang wurde die arbeitsmarktpolitische Debatte von der sogenannten Phillips-Kurve be-

herrscht, an der auch nichts stimmte, nicht einmal der Name ihres Erfinders. Jede andere Wissenschaft hätte ihre Reputation auf immer verspielt, nicht so die neoklassische Ökonomie, die davon lebt, dass die kapitalistische Ökonomie für alle Beteiligten ein Mysterium ist, dem sie mit simpelsten Metaphern beizukommen suchen. Das Ausmaß des ökonomischen Analphabetismus übertrifft das des naturwissenschaftlichen Analphabetismus bei weitem.

3 Ich meine natürlich nicht die mathematische Behandlung, die immer höchst simpel war und blieb. Die mathematische Behandlung beruht auf dem Dogma, der Arbeitsmarkt sei ein Markt wie jeder andere.

4 Für den kalkulierenden bürgerlichen Alltagsverstand dürfte bereits der Lohnsenkungseffekt, den ein Grundeinkommen ohne Einschränkungen unweigerlich haben muss, ein hinreichender Grund zur Begeisterung sein. Immerhin kommt nun der Staat nicht nur für die Fußkranken und Opfer des Arbeitsmarkts auf, sondern übernimmt auch freiwillig die elementaren Lebenshaltungskosten für alle Beschäftigten, insbesondere für die prekär Unterbeschäftigten. Dann braucht es nur noch eine intelligente Art der Finanzierung, vorzugsweise über Verbrauchssteuern, um dafür zu sorgen, dass die Proleten auch diese Form von verkümmelter Sozialstaatlichkeit selbst bezahlen müssen. Die Grundeinkommenskonzepte von rechts, aus dem bürgerlichen Lager, zeichnen sich daher auch alle – soweit ihre Autoren sich den Kopf über die Finanzierung zerbrechen – dadurch aus, dass sie eine

Märkte noch mehr Beine zu machen. Mittlerweile wird das Grundeinkommen von entschiedenem Gegnern des Sozialstaats propagiert. Das ist keineswegs ein Beleg für den Einfluss linker Sozialutopien als für die ungebrochene Kraft der Gegenreform, deren Protagonisten sich – im Namen der »Reform« – auch die Alternativen ihrer Gegner anzueignen verstehen.

Die neoliberalen Propagandisten des Grundeinkommens – von der FDP, über Götz Werner, Dieter Althaus zu Thomas Straubhaar – erwarten und erhoffen von einem Grundeinkommen vieles: Es soll zu flächendeckenden Lohnsenkungen in allen Branchen führen, den Niedriglohnsektor kräftig ausweiten und die Bundesrepublik (wie andere hoch entwickelte kapitalistische Länder) insgesamt zu einem Niedriglohnland machen, in dem der Staat für das Existenzminimum der Beschäftigten (und vor allem der wachsenden Zahl der prekär Unterbeschäftigten) aufkommt. Es soll zweitens eine umfassende Deregulierung des Arbeitsmarkts, vor allem den radikalen Abbau des Kündigungsschutzes ermöglichen, da ja jeder jederzeit durch das Grundeinkommen hinreichend abgesichert sei. Es soll drittens dem Abbau der sozialen Infrastruktur, die Privatisierung aller bislang noch öffentlichen Sozialleistungen (vom Erziehungs- bis zum Gesundheitswesen), die Auflösung aller Sozialversicherungen und die Übereignung der sozialen Sicherung an Banken, Versicherungen, Pensionsfonds – an die »Finanzmärkte« schlechthin – Tür und Tor öffnen. Damit würde sich dank des Grundeinkommens und anstelle des altmodischen Sozialstaats ein gigantischer Markt für die privaten Anbieter von Versicherungen und sonstigen finanziellen (und nicht finanziellen) Dienstleistungen auf tun. Und es soll viertens den Leuten endlich die richtige Verhaltensweisen auf dem Arbeitsmarkt beibringen, die »Anreizstruktur« verbessern, kollektives Handeln, Solidarverhalten erschweren, die wachsende Masse der Überflüssigen möglichst geräuschlos entsorgen.

Unausgesprochen steht dahinter der Wunsch, die wachsende Armut, die Verarmung der einst wohlhabenden »Mittelschichten« der mehr oder weniger gut (aus)gebildeten Arbeiter und Angestellten zu entschärfen – durch die Verwandlung der Armutsbevölkerung in einen besonderen Stand, die dank Grundeinkommen respektable »Unterklasse« der bürgerlichen Gesellschaft.

Folgt man der konventionellen Ökonomie, haben die meisten Wohlfahrtsstaaten ihre guten Bürger in den Fallen des Wohlfahrtsstaats gefangen. Dieser hat die Bürger ihrer Marktfreiheit beraubt – ohne seine Wohltaten ginge es ihnen besser. Eine gute, im Sinne der herrschenden Lehre der Ökonomie aufgeklärte Politik sollte die Leute daher vom Wohlfahrtsstaat befreien. Ökonomische ›Freiheit‹ besteht in nichts anderem als der totalen Unterwerfung unter die Imperative eines »freien« Arbeitsmarkts. Diesem Glauben entsprechend sind die ursprünglichen Grundeinkommenskonzepte fallen gelassen worden zugunsten scheinbar »pragmatischer« Konzepte, die dazu dienen sollen, die in die Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe eingebauten »Fallen« zu beseitigen.⁴ So gewendet, wurde die Idee des Grundeinkommens respektabel und fand Eingang in die Welt der offiziellen sozialpolitischen Diskurse und Reformideen.⁵

Ein Grundeinkommen passt nur unter zwei Bedingungen, daher in zwei Varianten in die Welt des real existierenden Kapitalismus: Entweder wird es an alle gezahlt und muss miserabel sein, wenigstens auf oder besser deutlich unter dem heutigen Armutsniveau festgesetzt sein (und bleiben), so dass für jeden ein dauerhaft wirksamer »Anreiz« entsteht, der öffentlich subventionierten Armut so rasch wie möglich wieder zu entkommen.⁶ Oder es darf nur an einige wenige gezahlt werden – zeitlich begrenzt und unter strengen Auflagen. Ein partielles, bedingtes Grundeinkommen (mit Kontrollen und Bedürftigkeitsprüfungen aller Art garniert) passt zur dominanten Logik der Anpassung an die Arbeitsmarktzwänge. Nur in dieser Form erlaubt es eine Dosierung von Arbeits»anreizen«, ganz nach herrschender Denkweise. Die neoliberalen Befürworter wollen explizit nichts anderes als eine Verbesserung der »Anreizstruktur« und einen billigen, radikal verschlankten Sozialstaat, den konsequenten Abbau der gesamten sozialen Infrastruktur. Reformern, die dem nicht folgen wollen, bleibt nur eine erweiterte Grundsicherung – in der Hoffnung, damit dem Problem der wachsenden Armut in ihren diversen Formen (Kinderarmut, Altersarmut) beikommen zu können.⁷

Die einst radikalen Vertreter des Grundeinkommens bei den Grünen haben ihren Frieden mit den (kastrierten beziehungsweise neoliberal pervertierten) Kümmerversionen ihrer einstigen Idee längst gemacht. Wer noch an der radikal einfachen Form des bedingungslosen und existenzsichernden Grundeinkommens als gleiches Bürgerrecht für alle festhält, findet sich im Lager der Systemgegner des Kapitalismus wieder. Wenn jeder dank Grundeinkommen eine reale ökonomische Alternative zum Arbeitsmarkt hat, mithin ein Recht auf »freiwillige Arbeitslosigkeit« und die Möglichkeit, sich dem Zwang zur permanenten Selbstvermarktung zu entziehen, wird der Warencharakter des Menschen beziehungsweise seiner Arbeitskraft, die wirkliche Grundlage der kapitalistischen Ökonomie, in Frage gestellt.⁸

Als Instrument der heutigen Arbeitsmarktpolitik eignet sich das universelle, bedingungslose Grundeinkommen nicht. Es hat nur einen Sinn, wenn es als Schritt und Teil eines ökonomischen Systemwechsels gedacht wird, als Anstoß und Grundlage zu einer Kulturrevolution, einer radikalen Veränderung von Verhalten und Denken der Bürger. Den Systemwechsel aber kann das Grundeinkommen allein nie und nimmer herbeiführen.⁹ Dazu braucht es schon einiges mehr. Um die neue ökonomische Freiheit zu realisieren, braucht es früher oder später weitere ökonomische Bürgerrechte – so das nicht minder wichtige Recht auf Kredit beziehungsweise das Recht auf Produktionsmittel.¹⁰

Grundeinkommen, Wohlfahrtsstaat und öffentliche Güter

Wohlfahrtsstaaten produzieren eine ganze Reihe von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, bieten sie an, und teilen sie zu. Das gilt generell, obwohl einige Wohlfahrtsstaaten deutlich mehr öffentliche Güter und Dienste als Sozialleistungen anbieten als andere. Für die meisten gilt nach wie vor, dass sie im Kern in der Tat Geldtransfermaschinen sind, die große Summen von Steuergeldern und Sozialbeiträgen einsammeln und umverteilen. Das öffentliche Ge-

finanzierung mittels Verbrauchssteuern (Mehrwertsteuer plus spezielle Verbrauchssteuern) der Finanzierung durch Einkommens- oder Vermögenssteuern bei weitem vorziehen.

5 Vgl. die Beiträge in Robert van der Veen/Luuk Groot (Hrsg.): *Basic Income on the Agenda*, Amsterdam 2000. In Deutschland stehen dafür Unternehmer wie Götz Werner, der für ein Grundeinkommen als Sozialstaatsersatz trommelt, oder konservative Think Tanks wie die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich ebenfalls für marktkonforme Varianten des Grundeinkommens erwärmen und frühere Vorkämpfer einer radikalen Grundeinkommenskonzeption aus dem Lager der Grünen mit gut bezahlten Forschungsaufträgen zu ködern wissen. Inzwischen haben sogar führende CDU-Politiker wie der thüringische Ministerpräsident Althaus das Grundeinkommen als Universalheilmittel gegen den angeblich viel zu großen und viel zu großzügigen Sozialstaat für sich entdeckt – vgl. Götz Werner: *Ein Grund für die Zukunft: das Grundeinkommen. Interviews und Reaktionen*, Stuttgart 2006; Dieter Althaus: *Das Solidarische Bürgergeld. Sicherheit und Freiheit ermöglichen Marktwirtschaft*, in: Michael Borchard (Hrsg.): *Das Solidarische Bürgergeld – Analysen einer Reformidee*, Stuttgart 2007, S. 1-12; Thomas Straubhaar/Ingrid Hohenleitner: *Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozialutopische Konzepte*, Hamburg 2007.

6 Das hat auch die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände klar gesehen, die in einem

ihrer jüngsten Kommentare zur deutschen Grundeinkommensdebatte anmerkt: Will man »negative Konsequenzen auf Wachstum und Beschäftigung« vermeiden, die infolge des steigenden Transfervolumens und der damit steigenden Steuer- und Abgabenlast eintreten müssten, könnte ein (finanzierbares) Grundeinkommen nur »so niedrig bemessen (sein), dass ein sozio-kulturelles Existenzminimum nicht mehr erreicht wird«. Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände: Grundeinkommen: Radikalkur für den Sozialstaat?, in: Volkswirtschaftlicher Argumentendienst Nr. 56, Berlin, November 2006, S. 11.

7 Vgl. dazu den Vorschlag von Michael Opielka für eine »Grundeinkommensversicherung«, die nur eine Erweiterung der in der deutschen Sozialversicherung heute schon bestehenden bedarfsorientierten Grundversicherung (seit 2003 in der Gesetzlichen Rentenversicherung, seit 2005 in der Arbeitslosenversicherung – Arbeitslosengeld II/Hartz IV) darstellt – Michael Opielka: Die Idee einer Grundeinkommensversicherung, in: Wolfgang Strengmann-Kuhn (Hrsg.): Das Prinzip Bürgerversicherung. Die Zukunft im Sozialstaat, Wiesbaden 2005, S. 99-139.

8 Dies allerdings in einer schlecht abstrakten, utopischen Form, da das Grundeinkommen in dieser Form im real existierenden Kapitalismus nicht realisierbar und selbst als »Sozialismus in einer Klasse« nicht finanzierbar ist.

9 Das ist das Grundproblem aller Grundeinkommensprojekte mit erklärt an-

sundheitswesen mit all seinen Unterabteilungen ebenso wie das öffentliche Bildungswesen sind in der großen Mehrzahl der Wohlfahrtsstaaten die Sektoren, in denen in erster Linie persönliche Dienste (Unterricht, Behandlung von Krankheiten) geleistet und konsumiert, aber keine Geldeinkommen finanziert beziehungsweise umverteilt werden.¹¹ Wohlfahrtsstaaten mit einem großen öffentlichen Sektor sind ebenso sehr oder noch mehr mit der Produktion und Distribution von öffentlichen Gütern und Diensten befasst wie mit dem Transfer von Geldeinkommen. Grundeinkommenssysteme würden die Sozialpolitiker nicht arbeitslos machen, sondern auf ein neues Kerngeschäft verweisen: die Produktion und Distribution öffentlicher Güter und Dienstleistungen.¹² Bisher hat sich die Debatte um ein machbares Grundeinkommen auf die Auswirkungen konzentriert, die es auf die Systeme der sozialen Sicherung und ihre Finanzierung haben würde. Wer wird profitieren, wer wird gewinnen, wer wird verlieren und was beziehungsweise wie viel? Aber das ist eben nur ein Teil der Geschichte. Die Blindheit gegenüber den sozialen Infrastrukturen und den öffentlichen Gütern und Diensten, die ein Wohlfahrtsstaat zu produzieren, zu verteilen und zu garantieren hat, hat der Sache des Grundeinkommens nicht genützt.

Alle Grundeinkommenssysteme würden aber unweigerlich nicht nur die Transferseite, sondern wenigstens eben so sehr auch die nicht-monetäre Seite der öffentlichen Güter und Dienstleistungen im Wohlfahrtsstaat erheblich beeinflussen. Tatsächlich hängt die Wirksamkeit eines Grundeinkommenssystems im Wesentlichen davon ab, was mit den öffentlichen Gütern und Dienstleistungen geschieht, die jeder Wohlfahrtsstaat seinen Bürgern zu bieten hat beziehungsweise haben muss, will er seine Legitimation als Wohlfahrtsstaat nicht verlieren.

Die Standardökonomie behandelt die öffentlichen Güter ebenso wie ihr logisches Gegenstück, die privaten Güter oder Waren, als quasi-natürliche Kategorien, deren Unterschied in der »Natur der Dinge«, also in besonderen natürlichen oder technischen Eigenschaften der Dinge begründet liege, ganz gleich wo diese herkommen.¹³ Selbst wenn man solche Unterschiede finden und bestimmen kann – wie zum Beispiel den Unterschied zwischen Produktions- und Konsumtionsmitteln oder den Unterschied zwischen Basis- und Nicht-Basisprodukten – folgt daraus nichts für die Unterscheidung von Waren und Nicht-Waren beziehungsweise die Unterscheidung zwischen Waren und öffentlichen Gütern.

Die übliche Abgrenzung der öffentlichen Güter mit Hilfe von zwei Kriterien – den beiden angeblich natürlichen Gebrauchswerteigenschaften der Non-Rivalität und der Non-Exklusivität, taugt nicht dazu, natürliche und unveränderliche Grenzen der Warenform zu bestimmen.

Gemeint ist *erstens*, dass bestimmte Güter oder Dienste von vielen gleichzeitig benutzt oder konsumiert werden können, und zwar von beliebig vielen; und *zweitens*, dass niemand vom Gebrauch oder Mitgebrauch dieser Güter oder Dienste wirksam ausgeschlossen werden kann, so dass niemand gezwungen werden kann, sie im Austausch zu erwerben, bevor er sich ihren Gebrauchswert aneignen kann. Beide Kriterien sind höchst unscharf. Auch wenn kollektive

Konsumgüter von vielen gleichzeitig genutzt werden, sie können nie von allen gleichzeitig oder auch nur nacheinander genutzt werden. Irgendwann ist auch das größte Stadion oder Schwimmbad überfüllt, irgendwann stehen alle im Stau. Der freie Zugang zu kollektiven Konsum- oder Produktionsmitteln lässt sich effektiv versperren – das ist eine Frage des Aufwands und der Technik, nicht einer unveränderlichen Natureigenschaft. Die übliche Unterscheidung der Ökonomen zwischen »privaten« und »öffentlichen« Gütern ist daher nicht zu halten.¹⁴ In der Tat: Waren, materielle Güter und (nicht weniger materielle) Dienstleistungen, die von privaten Produzenten für den Austausch auf einem Markt produziert werden, die privat angeeignet und privat ausgetauscht werden können, sind soziale Konstrukte, keine »Dinge«, die sich in der Natur vorfinden ließen. Ihre Wareneigenschaft liegt nicht in der »Natur« oder der materiellen Gestalt oder dem spezifischen Gebrauchswert. Das gleiche gilt für die öffentlichen Güter.

Der Prozess, in dem Waren hervorgebracht werden, die »Kommodifizierung«, kann als ein sozialer Prozess zwischen Produzenten, Konsumenten, Kapitalbesitzern und sonstigen Marktakteuren analysiert und verstanden werden, ebenso wie seine notwendigen Pendanten, die Prozesse der »De-kommodifizierung« und der »Re-kommodifizierung«. In all diesen Prozessen, die in historischer Zeit ablaufen, spielt der Staat, spielt die Zivilgesellschaft eine zentrale Rolle.

Um diese Prozesse zu verstehen, muss man die Alternativen mitdenken. Analytisch gesprochen hat die Kategorie der »Ware« nicht nur einen Gegenpol – die »Nicht-Ware« –, sondern deren mehrere, zum mindesten vier; ergo ist nicht alles, was nicht zur Ware gemacht wird, unweigerlich ein öffentliches Gut und umgekehrt. Jede genaue Begriffsbestimmung der Ware – das heißt der Ware als einer analytischen Grundkategorie der politischen Ökonomie – bedarf erstens der *Produkte der Eigenarbeit* als Gegenstück ebenso wie zweitens der Kategorie der *Gemeingüter* (der Güter, die sich im Gemeinbesitz einer Gemeinschaft von Genossen befinden). Sie bedarf drittens der *Nicht-Waren* (der jeweils vom Austausch ausgeschlossenen Güter und Dienste beziehungsweise der blockierten oder gesperrten Austauschprozesse) wie sie viertens nicht ohne die Kategorie der *öffentlichen Güter* auskommen kann.¹⁵ Mit Hilfe dieser aufeinander bezogenen, analytischen Kategorien und der damit verbundenen Prozesse können wir miteinander zusammenhängende »umkämpfte Terrains« in der Welt des real existierenden Kapitalismus markieren; Terrains, auf denen die Kämpfe um die »Kommodifizierung« beziehungsweise die De-kommodifizierung in verschiedene Richtungen, zwischen verschiedenen Parteien und mit unterschiedlichem Ausgang ausgefochten werden. Welche Wirkung ein Grundeinkommen hat, hängt davon ab, was sich auf diesen umkämpften Terrains abspielt.

Grundeinkommen und öffentliche Sphäre

In allen kapitalistischen Ökonomien steht das hierarchische System der Märkte im Zentrum. Grundeinkommenssysteme setzen eine wohlgeordnete Welt der Märkte stillschweigend voraus, eine Welt, in der jedermanns Rechte als Käufer und Kunde gleichermaßen re-spektiert und garantiert werden. Eine Welt, in der sogar die Armen,

titkapitalistischer Ausrichtung: ohne eine gründliche sozialistische Transformation wird es nichts mit der neuen Freiheit, mit dem erhofften Wandel der Arbeits- und Lebensweise. Davon wollen die Befürworter des Grundeinkommens nichts wissen, die bewusst oder unbewusst als Alternative und Ersatz nicht nur des Sozialstaats, sondern gleich auch jeglicher Form von Sozialismus verstehen.

10 Vgl. Michael Opielka/Heidrun Stalb: Das garantierte Grundeinkommen ist unabdingbar, aber es genügt nicht, in: Michael Opielka/Georg Vobruba (Hrsg.): Das garantierte Grundeinkommen. Entwicklung und Perspektiven einer Forderung, Frankfurt/M. 1986, S. 81 f.

11 Das mag paradox erscheinen, da im Gesundheitswesen bekanntlich gewaltige Milliardensummen umgehen. Alle Krankenversicherungssysteme beruhen auf einer Sozialisierung der Krankheitskosten innerhalb der Gruppe der Versicherten, die möglich ist, solange nicht alle Versicherten gleichzeitig krank werden beziehungsweise gleichermaßen kostspielige Behandlungen brauchen. Ein funktionierendes Krankenversicherungssystem braucht daher die Solidarität zwischen den Versicherten mit niedrigem und denen mit hohem Krankheitsrisiko. Die Masse der »Kosten des Gesundheitswesens« bilden eben nicht die Krankengelder, die als Lohnersatzleistungen an die offiziell krank gemeldeten Lohnarbeiter ausgezahlt werden. Verantwortlich für die »Kostens- explosion« sind die Preise, die die Ärzte und Krankenhäuser, die Pharmaunternehmen und die

Unternehmen der medizinisch-technischen Industrie verlangen – sei es direkt von ihren Kunden, sei es indirekt von den Krankenversicherungen, die die zahlungsfähige Nachfrage der Versicherten in gewaltigen Geldpools bündeln. Im Fall der Krankenversicherung ist die »soziale Versicherung« unausweichlich, da ohne Versicherungspflicht (für die Versicherten) und Aufnahmepflicht (für die Kassen) zu viele Leute aus dem Gesundheitssystem ganz oder teilweise herausfallen; die Logik rein privater Versicherung führt unweigerlich zur Spaltung der Gesellschaft durch eine »Klassen-Medizin«. Die haben wir auch in einem gemischten System wie dem der Bundesrepublik. Nur ein vollständig öffentliches und steuerfinanziertes Gesundheitssystem könnte dem entgegen wirken.

12 Da mit einem Grundeinkommen für alle das Volumen der staatlich organisierten Geldtransfers ansteigen würde, kann man diesen Effekt leicht übersehen.

13 Vgl. dazu Elinor Ostrom/Vincent Ostrom: *Public Goods and Public Choices*, in: E. S. Savas (Hrsg.): *Alternatives for the Delivery of Public Services*, Boulder 1977, S. 7-49. In jedem gängigen Lehrbuch der Finanzwissenschaft wird das Konzept der öffentlichen Güter erläutert, das heißt die gängigen Kriterien werden – mehr oder weniger detailliert – kritiklos nachgebetet.

14 Vgl. Jesse Malkin/Aaron Wildavsky: *Why the Traditional Distinction between Public and Private Goods Should be Abandoned*, in:

die Leute, die vom Grundeinkommen allein leben müssen, ebenso fair behandelt, die gleiche Qualität von Gütern und Diensten bekommen und die gleichen fairen Preise zu zahlen hätten wie der reichste Kunde auf dem Markt. Das ist die Utopie des Marktes – als Reich der Freien und Gleichen. Nach wie vor der Einführung eines Grundeinkommens wäre es die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass alle guten Bürger auf dem Markt tatsächlich die gleichen Rechte als Kunden, als Käufer und Konsumenten haben. Der angebliche Souverän des Marktes, seine Majestät der Kunde, braucht umso mehr Rechte, je weniger Kaufkraft oder private Marktmacht er einsetzen kann. Vor allem aber braucht der arme Bürger, auch der durch ein Bürgerrecht auf ein Grundeinkommen respektabel gemachte Arme, den Rückhalt im Gegenpol des Marktes – in der Welt des öffentlichen Reichtums, der öffentlichen und Gemeingüter, die jedem und jeder, unabhängig von der individuellen Kaufkraft offen stehen.

Denn wer mit einem Grundeinkommen allein in die Welt der Märkte geschickt wird, kommt darin nicht weit. Auch mit 750 oder 800 Euro pro Monat kann man in einer Marktökonomie nur dann auf bescheidenstem Niveau überleben, wenn die Preise (und die Qualität) der wichtigsten Lebensmittel (Nahrung, Kleidung, Wohnung, Energie, Gesundheit) das erlauben. Offenbar ist so ein Grundeinkommen als Basis einer selbständigen Existenz in einer kapitalistischen Marktökonomie nur so viel wert, wie der Staat durch ständige Kontrolle und Eingriffe an Regulierung und Begrenzung der »freien Marktkonkurrenz«, insbesondere der »freien Preisgestaltung« durch die Marktanbieter, an Preisstabilität und garantierter Mindestqualität zustande bringt. Gelingt es dem Staat, die Marktmacht der privaten Produzenten der elementarsten Lebensmittel wirksam in Schach zu halten, dann haben auch diejenigen eine Chance auf bescheidenes Leben, die auf das Grundeinkommen (beziehungsweise die Grundsicherung) allein angewiesen sind.

Ergo: Ohne »politische Preise« für die wichtigsten Lebensmittel, ohne wirksame öffentliche Kontrolle der Nahrungsmittelproduktion, des Wohnungsbaus und der Wohnungsvermietung, der Energieproduktion usw. kann ein Grundeinkommen (beziehungsweise eine Rente auf Grundsicherungsniveau) auch die bescheidene Existenz der respektablen »armen Bürger« nicht garantieren.

Um besser und gut zu leben, reicht das nicht. Dazu braucht es mehr, über die Domäne der Märkte hinaus. Für eine Strategie der Sozialstaatsreform spielt es keine Rolle, ob die Güter und Dienstleistungen, die im öffentlichen Sektor produziert werden, nun wahrhaft öffentliche Güter sind oder nicht. Auch wenn eine privatkapitalistische Produktion möglich wäre – entscheidend ist die Frage, ob diese Güter und Dienstleistungen tatsächlich für alle Bürger zugänglich und nützlich, das heißt aber vor allem brauchbar sind. Zumindest für die große Mehrheit der Bürger, die sich privaten Ersatz nicht leisten kann.

Dank der vergleichenden Wohlfahrtsstaatsforschung wissen wir, dass bisher noch alle Versuche, die realen Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum mit wohlfahrtsstaatlichen Mitteln zu reduzieren, am wohlbekannten Matthäus-Effekt zuschanden gekommen sind.¹⁶ Gemeint ist eine Struktur des ungleichen Zugangs zu und der

dauerhaft ungleichen Nutzung beziehungsweise der dauerhaft ungleichen Qualität der verfügbaren öffentlichen Güter und Dienste, zum Beispiel im öffentlichen Gesundheits- und im Erziehungswesen, im Wohnungswesen wie im öffentlichen Nahverkehr. Die Bevorzugung der Mittelklasse (Mittelklassen-Bias) sitzt tief in den Institutionen des öffentlichen Sektors, in seinen Formen und Praktiken, in stillschweigenden Selektionsmechanismen. Dies ist kein Wunder, werden doch die Institutionen des Wohlfahrtsstaats von Angehörigen der Mittelschichten (im Lohndienst zumeist) bemannt und verwaltet – und dies mit Blick auf den Geschmack und die Bedürfnisse eines Mittelklassepublikums, dessen Ansprüche und Erwartungen. Diese prägen folglich das öffentliche Bildungs- und Erziehungswesen, das Gesundheitswesen, die Gestaltung der öffentlichen (urbanen) Räume.¹⁷ Ein Grundeinkommen für alle würde diese tief verwurzelte Struktur der erweiterten und verstärkten Reproduktion sozialer Benachteiligungen und Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat in keiner Weise verändern, wenn nicht zugleich mit der Einführung eines Grundeinkommens auch eine ernsthafte Reform der öffentlichen Produktion und Distribution der öffentlichen Güter und Dienste stattfände. Wenn die notwendige Reform des öffentlichen Sektors nicht von vornherein auf der politischen Agenda steht oder ausbleibt, kann ein Grundeinkommen den willkommenen Anlass bieten, die gesamte soziale Infrastruktur eines Landes nachhaltig zu demolieren – angefangen bei den Sozialversicherungen und erst endend, wenn alles privatisiert worden ist, was die öffentlichen Hände bislang bewegt und getrieben haben.

Wenn das geschieht, stünden die respektablen Armen mit Grundeinkommen noch ärmer da als zuvor. Denn »privatisierte« öffentliche Leistungen kommen den Bürgern, zumal den nicht zahlungsfähigen, teurer zu stehen als jede noch so miserable Form der öffentlichen Güter- und Dienstleistungsproduktion.

Daher sollte jedes Grundeinkommenssystem, als Teil einer Reformstrategie, mit einer Strategie zum Wiederaufbau und zur Erweiterung der öffentlichen Räume gedacht und konzipiert werden. Nicht weniger, sondern mehr, nicht nur mehr, sondern vor allem bessere öffentliche Güter und Dienste, weniger vom Klassen-Bias geprägt oder möglicherweise sogar frei davon – daher eine erweiterte und gestärkte Mitsprache und Mitbestimmung derjenigen, die öffentliche Güter und Dienstleistungen tagtäglich brauchen und nutzen. Die soziale Infrastruktur, die Gesamtheit der öffentlichen Güter und Dienste, die dazu gehören, und die für die (Um)Verteilungseffekte im Sozialstaat ebenso wichtig, wenn nicht wichtiger sind als die monetären Sozialtransfers, gehört auf die Reformagenda.

Um dem Matthäus-Effekt zu wehren, müssen öffentliche Güter und Dienste für die Ausgeschlossenen und Benachteiligten erst einmal wieder verfügbar und zugänglich gemacht werden. Eintrittsgelder, Fahrkarten, Gebühren und Abgaben sind klar eine Belastung und wirken abschreckend für die Armen; sie funktionieren als Mittel zur Rationierung und halten die ärmeren Bürger vom Gebrauch der öffentlichen Güter und Dienste ab beziehungsweise fern, vor allem von denen besserer Qualität.¹⁸ Deshalb werden heute schon in manchen Wohlfahrtsstaaten die Eintrittsgelder, Gebühren und Abgaben

Journal of Theoretical Politics, Vol. 3, No. 4 (1991), S. 355-378. Das soll allerdings nicht heißen, dass die – historisch veränderlichen – Grenzen der Warenproduktion beziehungsweise der Warenform überhaupt nicht zu bestimmen wären. Vgl. für die Kategorie der öffentlichen Güter als Gegenpol zur Ware: Michael R. Krätke: Kritik der Staatsfinanzen. Zur Politischen Ökonomie des Steuerstaats, Hamburg 1984, für die Kategorie der Nicht-Waren oder der vom Austausch ausgeschlossenen Güter – Ders.: Gewalt und Ökonomie. Die Halb- und Unterwelten des Weltmarkts, in: Klaus Ahlheim und andere: Gewalt und Zivilisation in der bürgerlichen Gesellschaft, Hannover 2001, S. 34-78.

15 Ohne diese komplementären Begriffe bleibt der Begriff der »Ware« auch in der marxistischen Tradition eine schlecht »abstrakte Kategorie«. Da die Marxisten, insbesondere die Anhänger der »neuen Marx-Lektüre«, sich mit Vorliebe in falschen und schlechten Abstraktionen herumtreiben, stört sie das nicht. Sie meinen, die reale Welt der Märkte und Weltmärkte nach wie vor mit den allersempelsten Abstraktionen einfangen zu können – so als hätte Marx nie etwas anderes geschrieben als die ersten drei Kapitel des ersten Bandes des Kapital. Merke: Wer sich nur in den Anfangsgründen herumtreibt, bleibt stets ein Anfänger.

16 Der so genannte Matthäus-Effekt – nach dem Wort aus dem Matthäus-Evangelium »Denn wer da hat, dem wird gegeben wer-

den, dass er Fülle habe; wer aber nicht hat, von dem wird auch genommen, was er hat« (Matthäus 25, 29) – wurde zuerst von Robert K. Merton 1968 in wissenschaftssoziologischen Überlegungen zur Reputationsbildung untersucht. Inzwischen ist dies Bibelzitat in vielen sozialwissenschaftlichen Disziplinen geläufig.

17 Vgl. Herman Deleeck/ Johan Huybrechts/Beatrice Cantillon: Het Matteüeffect. De ongelijke verdeling van de sociale overheidsuitgaven in België, Antwerpen 1983; Herman Deleeck: Der Matthäuseffekt: Die ungleiche Verteilung der öffentlichen Sozialausgaben, in: Sozialer Fortschritt, 8. Jg. (1984), S. 173-182. Der 2002 verstorbene flämische Sozialwissenschaftler Herman Deleeck kann als der Begründer einer systematisch vergleichenden Sozialpolitikforschung gelten, die sich das Aufdecken der Reproduktionsmechanismen sozialer Ungleichheiten im Wohlfahrtsstaat zum Ziel gesetzt hat. Leider hat er wenig Nachfolger gefunden. Dabei sind die Resultate eindrucksvoll. Sie widerlegen die Mär, der Wohlfahrtsstaat und Sozialstaat sei eine Maschine der Gleichmacherei. Entgegen der herrschenden Meinung, findet in den weitaus meisten Sozialstaaten keinerlei Umverteilung von »oben« nach »unten« statt, eher eine von »unten« nach »oben«, bei der die Mittelschichten profitieren. Die dominante Form der Umverteilung im Wohlfahrtsstaat war und ist eine zwischen den »Schichten« und »Gruppen« (zum Beispiel Altersgruppen, aber auch zwischen Kranken und Gesunden) innerhalb ein und derselben sozialen Klasse.

für einige Kategorien von Armen oder von Armutsrisiken Bedrohten (Rentner, Studenten, Kinder beziehungsweise Familien mit vielen Kindern, Alleinerziehende, Behinderte usw.) stark reduziert oder ganz aufgehoben. Das öffentliche Verkehrswesen, die öffentliche Erziehung und das Bildungswesen, das öffentliche Gesundheitswesen und die dazu gehörigen Dienste würden für die große Mehrzahl ihrer Klienten erheblich besser funktionieren ohne die Last (und die bürokratische Verschwendung), die mit der Erhebung von Gebühren und Abgaben, mit dem Eintreiben von Fahrgeld und dem Verkauf von Eintrittskarten einhergehen.

Als reales Einkommen gemessen, würde ein Grundeinkommen von 800 oder 900 Euro pro Monat sofort in die Höhe gehen, sobald diese vielfältigen fiskalischen Schikanen abgeschafft oder zumindest durch die Einführung von Sondertarifen und Sozialtickets für die Armen erleichtert würden. Mit jedem Schritt hin zu einer vollständigen Steuerfinanzierung im öffentlichen Sektor, mit jeder Erweiterung und Verbesserung des Angebots an öffentlichen Gütern und Diensten ohne Zugangsbeschränkungen und Rationierungen mittels Gebühren, Beiträgen, Eintrittsgeldern würde ein nominal gleichbleibendes Grundeinkommen real steigen.

Selbst die Freunde eines reduzierten und bedingten Grundeinkommens können und sollten dem zustimmen. Denn je weiter die Bandbreite, je reichhaltiger das Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten, die gebühren- und beitragsfrei, ohne Eintrittsgelder, Fahrkarten oder sonstige Rationierungen für jedermann verfügbar sind, desto niedriger kann man das Niveau eines monetären Grundeinkommens ansetzen.

Ganz ähnlich mit Blick auf die Stabilität eines garantierten Grundeinkommens: Was die Garantie eines solchen kontinuierlichen Geldtransfers wert ist, erweist sich erst, wenn man die Entwicklung des realen Grundeinkommens, die Entwicklung seiner »Kaufkraft« in der Zeit betrachtet. Die ist aber von der Entwicklung der Preise auf vielen Märkten, vor allem auf den Märkten für »notwendige Lebensmittel« abhängig. Werden nun einige dieser »notwendigen Lebensmittel« dem Regime der Märkte ganz oder teilweise entzogen, werden die »notwendigen Lebensmittel«, die als Waren zum Kauf stehen, durch ein reiches Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten ergänzt, zum Teil auch ersetzt, braucht man sich über das Niveau des Realeinkommens, das ein Grundeinkommen von gegebener oder gleichbleibender nominaler Höhe tatsächlich garantieren kann, weniger Sorgen zu machen. Unter der Bedingung natürlich, dass diese öffentlichen Güter und Dienste den guten Bürgern, wenigstens doch den offiziell »Armen«, tatsächlich gebühren- und beitragsfrei angeboten werden.

Deshalb bedingt die Einführung eines Grundeinkommens nicht nur eine Steuer- und Sozialversicherungsreform, sondern auch eine gründliche Reform des gesamten öffentlichen Sektors.

Ferner wären, mit Blick auf den Matthäus-Effekt, die Produktion und Distribution öffentlicher Güter und Dienste – wenigstens in den Schlüsselsektoren wie Erziehung und Bildung, Gesundheit und Wohnung – so zu reformieren, dass sie in der Tat die vorhandenen sozialen Ungleichheiten der Lebenschancen verringern und die

grundlegende »Autonomie« (Handlungs- und Entscheidungsfreiheit) für jeden – zumindest aber, und mit Vorrang, für die heute am stärksten benachteiligten Bürger vergrößern können. Ohne ein garantiertes »Recht auf Bildung und Ausbildung« ist ein garantiertes Grundeinkommen wenig wert und wird die Armutsghettos nicht öffnen.

Zu »de-kommodifizieren« wäre gleichfalls der freie Zugang zu Informations- und Kommunikationsnetzwerken aller Art, der heute schon fast ebenso wichtig ist wie der freie Zugang zu Schulen, Universitäten, Krankenhäusern und öffentlichen Transportmitteln. Da es die »sozialen Ausschließungen« sind, die uns im aktuellen »Kampf gegen die Armut« die größten Sorgen machen, kann genau das – die Herstellung realer Informations- und Kommunikationsfreiheit für alle – ein entscheidender Schritt sein. Die Informations- und Kommunikationsnetzwerke als Teil der öffentlichen Sphäre zu erhalten, die privaten Marktakteure, die sich dort tummeln, auf Abstand zu halten – das kann auf längere Sicht Bestandteil einer Strategie sein, die auf die »Sozialisierung der Märkte« und die Erweiterung der Sphäre ökonomischer Selbstverwaltung für alle Bürger abzielt.

Aber mit der Erweiterung der öffentlichen Domäne, mit der Ausbreitung des Feldes der öffentlichen Güter und Dienste ist es noch nicht getan. Die Wiederentdeckung und Wiedergewinnung der Gemeingüter, zumindest einiger Arten von Gemeingütern für einige »alte« und »neue« Kategorien und Gruppen von Gemeineigentümern, kann eine sinnvolle, ja notwendige Ergänzung zu dieser Strategie sein.

Dieser höchst wichtige Gesichtspunkt, bei dem es insbesondere darum geht, ökonomische Selbstverwaltung neu zu denken, muss freilich an anderer Stelle weiterverfolgt werden. Hier sei lediglich zusammenfassend festgehalten: »Linke« und »rechte« Strategien der Sozialstaatsreform unterscheiden sich nicht in erster Linie durch die vorgeschlagene Höhe eines Grundeinkommens. Sie unterscheiden sich durch die Finanzierung (mittels Einkommens- und Vermögenssteuern oder mittels Verbrauchssteuern). Sie unterscheiden sich aber vor allem durch die Verbindung mit einer Strategie der Erweiterung beziehungsweise des Abbruchs des öffentlichen Sektors und insbesondere der sozialen Infrastruktur.

Eine »linke« Grundeinkommensstrategie gibt sich mit dem Bürgerstatus für respektabel gemachte Arme nicht zufrieden und zielt auf einen anderen Wohlfahrtsstaat. Einen Wohlfahrtsstaat, der seinen Bürgern nicht nur stabile (inflationbeständige) und kontinuierliche Einkommenstransfers garantiert, sondern vor allem ein zuverlässiges und reichhaltiges Angebot an öffentlichen Gütern und Diensten. Darüber hinaus ermöglicht ein solcher Wohlfahrtsstaat eine Vielzahl von Gemeingütern und -diensten, die jeweils besonderen Gruppen von Genossen zugute kämen. Ein solcher Wohlfahrtsstaat kann leicht auf viele der Plagen verzichten, die den guten Bürgern das Leben im neoliberal »reformierten« Sozialstaat der Gegenwart zur Qual machen: Die ständig wachsende Zahl von ständig steigenden Gebühren, Beiträgen, Eintrittsgeldern, die ständig wachsende Zahl der Bürokratien, der privaten wie der öffentlichen, das ständig wachsende Chaos der organisierten Unverantwortlichkeiten, die sich

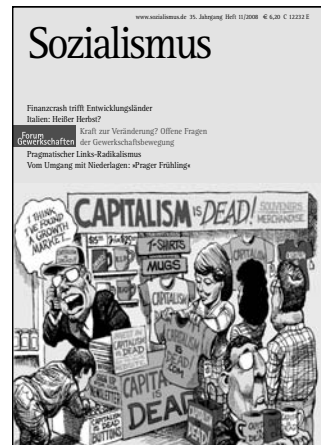
18 Wegen der wachsenden Zahl und Höhe der Gebühren, Beiträge und Umlagen, die heute von allen Bürgern in den entwickelten (wie den »unterentwickelten«) Ländern für eine wachsende Zahl von eigentlich öffentlichen Gütern und Diensten verlangt werden, gibt die offizielle Steuerquote nur ein sehr unzulängliches Bild von der tatsächlichen finanziellen Belastung der Bürger. Die Abgabenquote, in der auch Gebühren und Beiträge zum Teil mit enthalten sind, bietet da ein weit besseres Bild. Für die schiefe und stets ungleiche Verteilung der Abgabenlasten spielen die Gebühren und Beiträge und sonstigen Eintrittsgelder (neben ihrem Rationierungseffekt) eine zentrale Rolle. Sie werden in der Regel nicht nach Zahlungsfähigkeit differenziert, sondern sind für alle gleich. Bezieht man sie ein, zeigt sich, dass die tatsächliche Verteilung der gesamten öffentlichen Lasten sehr viel regressiver ausfällt, als das bei einer Betrachtung der Steuerlastverteilung allein heraus kommt. Allerdings beginnt der »Gebühren- und Abgabenstaat« erst zu blühen, wenn die Neoliberalen an die Macht kommen und anfangen, den Staat und den gesamten öffentlichen Sektor nach »Marktlogik« umzumodeln. Gemäß der neuen Herrschaftsideologie wird versucht, jede beliebige staatliche Leistung zu »rationieren« und mit Preisen zu versehen. Merke: Überall, wo Neoliberale an die Macht kommen, werden die öffentlichen Güter und Dienste knapp, schlecht und teuer, wird das Geldeintreiben (vulgo: die Abzockerei) auf allen Ebenen perfektioniert. Da im ideologischen Weltbild der Neoliberalen

Werte nicht vorkommen, gilt ihnen nur etwas, was einen Preis hat. Wo der nicht ist, wird er künstlich eingeführt, ebenso wie der allein seligmachende »Wettbewerb«.

stets rat- und machtlosere Behörden mit privaten Anbietern, die niemand Rechenschaft schulden, zu teilen haben.

Es liegt auf der Hand, dass ein Grundeinkommen ohne eine stabile und hinreichend differenzierte soziale Infrastruktur nicht bestehen kann. Die Einkommensarmen brauchen den öffentlichen Sektor, sie brauchen bessere und mehr öffentliche Dienste, eine Erweiterung der öffentlichen Domäne in viele Richtungen. Daher sollten sich die Befürworter eines Grundeinkommens – ganz gleich in welcher abgespeckten, pragmatisch reduzierten Form – schon ein paar Gedanken über die Zukunft des öffentlichen Sektors machen; oder den Kampf aufgeben und sich mit der »rechten« Variante, einer miserablen Form der Armut, symbolisch zum Bürgerrecht aufgewertet, zufrieden geben.

www.sozialismus.de



Redaktion Sozialismus: Erdbeben in Bayern und Österreich | Joachim Bischoff/Richard Detje: Ende des Wallstreet-Dollar-Regimes | Redaktion Sozialismus: SPD – »Heißes Herz und »Klare Kante« | Ernst Bienert: Alternativen für die Herstellung einer solidarischen Rentenversicherung

Richard Detje/Otto König: Konfliktlagen in der Metall- und Elektroindustrie | Michael Wendt: Fallstricke der Tarifpolitik Klaus Dräger: Revision der EU-Arbeitszeitrichtlinie

Guenther Sandleben: Geld und Wert bei Michael Heinrich | Fritz Fiehler: Über die Manuskripte zum »Zweiten Buch des Kapitals« | Richard Lauenstein: Rechten Meinungsmachern nicht das Feld überlassen!

Supplement: Ingar Solty, Das Obama-Projekt. Krise und charismatische Herrschaft

Probeabo (3 Hefte): Abo: € 10,-
Abo: € 62,- (erm. € 44,-)

Redaktion Sozialismus
St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Fax 040/28 09 52 77-50
E-Mail: redaktion@sozialismus.de

THOMAS MARXHAUSEN

Marx versus Stalin

Ein Beitrag zur Sozialismus-Debatte

Jürgen Meier nennt seinen Aufsatz, in Anlehnung an Christoph Jünke, »Der lange Schatten des Stalinismus«¹. Jünke habe den Titel »gut gewählt«, weil Kontroversen in der Linken zeigen, »wie weit die Meinungen (...) auseinander liegen, wenn es um die Frage geht, war Stalin wirklich der Schatten, der bis heute den Antikommunismus nährt, oder verfügte Stalin nicht vielmehr über eine Strahlkraft, die viele Menschen gegen den Imperialismus verbündete.«² Meier orientiert darauf, die Frage durch die Untersuchung der ökonomischen Verhältnisse der 1920er und 1930er Jahre anzugehen; er skizziert die Folgen der durchgepeitschten »sozialistischen« ursprünglichen Akkumulation, die um den Preis der Vernichtung einer produktiven Landwirtschaft die Industrie aus den Boden stampfte; abschließend heißt es, dass »neben den ökonomischen die sozialen und kulturellen Bezüge« zu berücksichtigen sind, um zu ermitteln, weshalb das Land nie »über den Status eines Staatsmonopolismus mit all den hinreichend bekannten (...) Entfremdungen, Verfehlungen und Sackgassen hinaus gekommen« ist.³

*

Ein »Schatten« »nährt« nichts und niemand, er verdunkelt, das Dunkel irritiert, es macht die Linke unsicher und schwankend. Wer will leugnen, dass der Sieg über den Faschismus vor allem der Sowjetunion zu verdanken ist? Ergo: Ohne die von Stalin erzwungene Industrialisierung wäre er wohl kaum erreicht worden.⁴ Die Methoden, die dabei in Anwendung kamen (das wird mit Bedauern zugegeben), entsprachen nicht immer der sozialistischen Gesetzmäßigkeit und selten der innerparteilichen Demokratie. Sie sind jedoch aus der historischen Situation heraus zu *verstehen*. – Nein. Auf keinen Fall. Für eine humanistische und demokratische Linke (und eine andere hat keine Chance zur Politikfähigkeit) gibt es dafür kein »Verständnis«. Millionen Ermordete zeugen bis in alle Ewigkeit gegen Stalin und seine Clique.

Die krämerhafte Weise, *ein* Verbrechen Stalins mit *zwei* seiner »Leistungen« aufwiegen zu wollen, erinnert fatal daran, »wie der Spießbürger die großen Männer der Geschichte betrachtet: *Napoleon* ist ein großer Mann, er hat viel Gutes getan, er hat auch viel Schlechtes getan. ... Zu lösendes Problem: Die gute Seite bewahren und die schlechte beseitigen.« – Marx: In einem »Gesellschaftskörper« existieren »alle Beziehungen gleichzeitig« und »stützen« ein-

Thomas Marxhausen – Jg. 1947, Prof. Dr. sc. phil.; Studium und Tätigkeit 1968 bis 1991 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Sektion Marxismus-Leninismus, Politische Ökonomie; wiss. Arbeit in der Marx-Engels-Forschung und MEGA-Edition; nach Entlassung 1991 in privaten Instituten für Erwachsenenbildung tätig; seit 1995 Redakteur des Historisch-Kritischen Wörterbuches des Marxismus (HKWM); zuletzt in UTOPIE kreativ: Kommunisches Manifest. (Bearbeiteter) Vorabdruck eines HKWM-Stichwortes, Heft 201/202 (Juli/August 2007).

1 Jürgen Meier: Der lange Schatten des Stalinismus, in: UTOPIE kreativ, Heft 212 (Juni 2008), S. 539-549. – Jünkes gleichnamiges Buch erschien Köln 2007.

2 Ebenda, S. 539.

3 Ebenda, S. 549.

4 Nota bene: Ohne die Enthauptung der Roten Armee und den stalinschen Befehl, jede (und sei sie taktisch noch so nachteilig) militärische Stellung zu halten, hätte er wohl weniger Opfer gekostet.

5 Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, S. 131.

6 Ebenda, S. 133.

7 Es scheint nicht überflüssig zu betonen, dass seine Existenz unterstellt ist, denn für einige Altvordere gibt es ihn gar nicht! Er taucht nicht auf in »Anregungen zum Umgang mit der Geschichte. Erklärung des Ältestenrats der Partei DIE LINKE (16.7.2008)«, in: www.die-linke.de, worauf Petra Pau in ihrer überzeugenden Kritik hinweist: »Aktuelle Notiz: Ratschlag zu linker Geschichte? (17.8.2008)«, in: www.petrापau.de. Auch für die »Unterhaltungen über den Sozialismus nach seinem Verschwinden«, hrsg. von W. F. Haug und F. Haug (InkriT 2005), ist »Stalinismus« kein Thema.

8 W. I. Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: LW 22, S. 307.

9 Ebenda, S. 198.

10 Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, S. 9.

11 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutschen Ideologie, in: MEW 3, S. 73.

12 Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich

ander.⁵ »Was die dialektische Bewegung ausmacht, ist gerade das Nebeneinanderbestehen der beiden entgegengesetzten Seiten, ihr Widerstreit und ihr Aufgehen in eine neue Kategorie. So wie man sich nur das Problem stellt, die schlechte Seite auszumerzen, schneidet man die dialektische Bewegung entzwei.«⁶

Aber es geht um mehr als die Bewertung des »Führers der Völker«. Gründe für und Grundzüge des in der Sowjetunion seit Ende der 1920er Jahre etablierten Herrschaftssystems gab (bzw. gibt) es unter anderen Bezeichnungen in anderen Ländern. In Ermangelung eines geeigneten Oberbegriffs fasse ich die national und historisch verschiedenen Formen, deren Analyse Gegenstand spezieller Untersuchungen sein muss, sub »Stalinismus« zusammen. Das scheint mir unter dem Gesichtspunkt berechtigt, weil jede der Formen beitrug, den Sozialismus als Ideal und Ziel mehr zu verunglimpfen, als es dessen Feinde seit dem »Kommunistischen Manifest« fertiggebracht haben. Folglich kann die Frage nach den Ursachen des »Stalinismus«⁷ nicht allein durch die sowjetische Geschichte beantwortet werden. Sie ist *formationstheoretisch* anzugehen. Auf die Weise kommen wir zu Marx. Er führt die Linke aus dem »Schatten Stalins« heraus.

*

Das »stalinistische« System ist unvermeidlich, wenn die sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaft gestaltet werden soll, ohne dass das Land den Kapitalismus durchlaufen hat. Das war 1917 nicht abzusehen.

Lenin schlussfolgerte aus der Analyse der Weltwirtschaft seit den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts, der Imperialismus sei, weil sich sein Entwicklungsspielraum erschöpft habe, »sterbender Kapitalismus«⁸, der »Vorabend der sozialen Revolution des Proletariats«⁹. Dass die Weltrevolution im unentwickelten Russland einsetzte erschien logisch, weil eine »Kette« beim schwächsten Glied zerspringt. Außerdem wurde eine solche Entwicklung bereits von Marx und Engels prognostiziert.

»Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind.«¹⁰ Das ist die weltgeschichtliche Sicht. Die Realisierung des »Gesetzes der Geschichte« folgt eigenen Regeln: »Die durch einen erweiterten internationalen Verkehr hervorgerufene Konkurrenz mit industriell entwickelteren Ländern ist hinreichend, um auch in den Ländern mit weniger entwickelter Industrie einen ähnlichen Widerspruch zu erzeugen«¹¹. Auf Grund des industriellen Standes und der wirtschaftlichen Dominanz Englands konzentrierten sich Marx und Engels auf dessen Wechselwirkung mit anderen Ländern.¹² Marx forderte die IAA auf, die irische Befreiungsbewegung zu unterstützen. Werde die Macht der englischen Grundaristokratie in Irland gebrochen, seien die »Vorbedingungen der proletarischen Revolution in England erfüllt«¹³.

Analog heißt es nach 1917: »Wenn wir (...) den revolutionäre Prozess in seinem Weltmaßstab betrachten, können wir folgenden allge-

meinen Grundsatz aufstellen: der Revolutionsprozess der Welt beginnt mit den ihren Niveau nach niederen Teilsystemen der Weltwirtschaft, wo der Sieg des Proletariats leichter, aber die Kristallisation der neuen Beziehungen schwerer ist; die Schnelligkeit des Angriffes der Revolution ist umgekehrt proportional der Reife der kapitalistischen Beziehungen und der Höhe des Typus der Revolution«¹⁴ Letztlich werde die sozialistische Revolution auch auf die USA übergreifen: »Die innere Ausbalancierung der Vereinigten Staaten erfordert zunehmende Expansion nach außen, und dieses Streben nach anderen Staaten und Ländern infiziert die amerikanische Wirtschaftsordnung mit den Elementen der europäischen und asiatischen Misschlichkeiten. Eine siegreiche Revolution in Europa und Asien wird unter diesen Umständen unvermeidlich zu einer revolutionären Epoche in den Vereinigten Staaten führen.«¹⁵

Der rote Oktober machte Russland »allen Arbeitern der Welt gegenüber verantwortlich. Im kultivierten Westen, in Amerika, wo Russland bisher als ein rückständiges, barbarisches Land galt, sagen die Arbeiter: ›Vom Sieg des russischen Proletariats hängt unser Glück ab.«¹⁶ Es gelte, durchzuhalten bis zum Erwachen der mittel- und westeuropäischen Arbeiterklasse. Deren Bewegungen und Aufstände zwischen 1918 und 1923 ließen die Hoffnung nicht als Hirnspinnst erscheinen.

Dass die Revolutionen im Westen ausblieben (oder, wie in Österreich und Deutschland, nur die Verbürgerlichung der Gesellschaft bewirkten), war nicht vorauszusehen. Eine Partei, die Jahrzehnte für die Errichtung der sozialistischen Gesellschaft gekämpft und dafür unzählige Opfer gebracht hatte, konnte, als sie endlich an der Macht war, nicht den Kapitalismus auf die Tagesordnung setzen. Damit hätte sie in den Augen ihrer Anhängerschaft Verrat geübt und sich aufgegeben. »Die sozialistische Propaganda hat das soziale Wollen des russischen Volkes hervorgebracht. Warum sollte es warten, dass sich in Russland die Entwicklung Englands wiederholt, dass sich in Russland eine Bourgeoisie formiert, dass der Klassenkampf entfacht wird, damit ein Klassenbewusstsein entsteht und schließlich der Untergang der kapitalistischen Welt sich ereignet? Das russische Volk hat diese Erfahrungen im Prozess des Denkens, und sei es auch des Denkens einer Minderheit, durchgemacht. Es ist über diese Erfahrungen hinausgegangen. Dies diente ihm, sich zu behaupten, wie ihm die westlichen kapitalistischen Erfahrungen dienen werden, sich in kurzer Zeit auf die Höhe der Produktion der westlichen Welt zu erheben.«¹⁷

Als die Hoffnungen auf die Bildung der »europäischen Räterepublik«¹⁸ verfliegen waren, musste die nachholende Modernisierung im Alleingang bewerkstelligt werden. Damit wurde die von Lenin den kolonialen und halbkolonialen Ländern gewiesene Perspektive – aber ohne die materielle Unterstützung durch andere! – auf Sowjetrußland angewendet: Die Länder könnten bei »planmäßiger Propaganda« und mittels wirtschaftlicher Hilfe seitens des revolutionären Proletariats der entwickelten Staaten »zur Sowjetordnung und über bestimmte Entwicklungsstufen zum Kommunismus gelangen (...), ohne das kapitalistische Entwicklungsstadium durchmachen zu müssen.«¹⁹

1848 bis 1850, in: MEW 7, S. 97. – Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: Revue, März/April 1850, in: MEW 7, S. 294.

13 Marx an Sigfrid Meyer und August Vogt, 9.4.1870, in: MEW 32, S. 668.

14 N. Bucharin: Ökonomik der Transformationsperiode (1921). Hamburg 1922, S. 189.

15 L. D. Trotzki: Europa und Amerika. Zwei Reden (1924). Berlin 1926, S. 88 f.

16 M. I. Kalinin: Aus einer Rede an die Roten Kämpfer der Ersten Reiterarmee (20.10.1920), in: Über kommunistische Erziehung und militärische Pflicht. Gesammelte Reden und Aufsätze. Berlin/DDR 1960, S. 59.

17 Antonio Gramsci: Die Revolution gegen das »Kapital«, in: Antonio Gramsci – ein vergessener Humanist? Eine Anthologie, zusammengestellt und eingeleitet von Harald Neubert. Berlin 1991, S. 32.

18 N. Bucharin/E. Preobraschensky: Das ABC des Kommunismus. Populäre Erläuterung des Programms der Kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki). Hamburg 1921 (Bibliothek der Kommunistischen Internationale Band XIII), § 41, S. 151 f.: Wie »Europa (...) unvermeidlich zu Diktatur des Proletariats« und damit »zum Kommunismus« übergeht, wird »auch Russland in den Sozialismus hineingezogen werden (...) Seine Rückständigkeit, die verhältnismäßig schwache Entwicklung seiner Industrie u. dgl. – alle diese Mängel werden aufgesogen werden, wenn Russland sich zusam-

men mit den fortgeschrittenen Ländern zu einer internationalen oder wenigstens europäischen Räterepublik vereinigen wird.«

19 W.I. Lenin: II. Kongress der Kommunistischen Internationale (1920), in: LW 31, S. 232.

20 Martin Blankenburg: historischer Beruf, in: Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM). Bd. 6/I. Hamburg 2004, Sp. 301-304.

21 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, in: MEW 25, S. 269.

22 Ders.: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 42, S. 323.

23 Ders.: Das Kapital. Dritter Band, S. 827.

24 Ders.: Das Kapital. Erster Band, in: MEW 23, S. 618.

25 Ders.: Grundrisse, S. 91.

26 Ders.: Theorien über den Mehrwert, in: MEW 26.2, S. 111.

27 Ders.: Die künftigen Ergebnisse der britischen Herrschaft in Indien, in: MEW 9, S. 226.

28 Ders.: Grundrisse, S. 93.

Ausgangspunkt und Grundlage der marx'schen Entwürfe der sozialistischen Gesellschaft ist, dass sie weltgeschichtlich *dem Kapitalismus folgt*. Dessen als historisch gesetzmäßig angenommene Aufhebung setzt seine *Entfaltung* voraus. Darin besteht der »historische Beruf« der Bourgeoisie²⁰.

»Die Entwicklung der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit ist die historische Aufgabe und Berechtigung des Kapitals. Eben damit schafft es unbewusst die materiellen Bedingungen einer höhern Produktionsform.«²¹ Es führt ein »die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle führen nur als *lokale Entwicklungen* der Menschheit und als *Naturidolatrie* erscheinen.«²² Die »zivilisatorische Seite des Kapital« besteht darin, die »Mehrarbeit in einer Weise und unter Bedingungen« zu erzwingen, »die der Entwicklung der Produktivkräfte, der gesellschaftlichen Verhältnisse und Schöpfung der Elemente für eine höhere Neubildung vorteilhafter sind als unter den frühern Formen der Sklaverei, Leibeigenschaft usw.«²³ Erst und nur der Kapitalismus bringt die »reale Basis einer höheren Gesellschaftsform« hervor, »deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist«²⁴. »Persönliche Abhängigkeitsverhältnisse (...) sind die ersten Gesellschaftsformen, in denen sich die menschliche Produktivität nur in geringem Umfang und auf isolierten Punkten entwickelt. Persönliche Unabhängigkeit, auf *sachlicher* Abhängigkeit gegründet, ist die zweite große Form, worin sich erst ein System des allgemeinen gesellschaftlichen Stoffwechsels, der universalen Beziehungen, allseitiger Bedürfnisse und universeller Vermögen bildet. Freie Individualität, gegründet auf die universelle Entwicklung der Individuen und die Unterordnung ihrer gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktivität als ihres gesellschaftlichen Vermögens, ist die dritte Stufe. Die zweite schafft die Bedingungen der dritten.«²⁵

Marx ist klar: Diese »höhere Entwicklung der Individualität« wird nur »durch einen historischen Prozess erkaufte, (...) worin die Individuen geopfert werden«²⁶. Der Kapitalismus zwingt vordem isolierte Erdteile, getrennte Völkerschaften, verfeindete Nationen, Stämme und Ethnien in einen marktförmigen Zusammenhang, der vom Wertgesetz geregelt ist. Der von ihm blind und gnadenlos vorangetriebene »menschliche Fortschritt« gleicht »jenem scheußlichen heidnischen Götzen (...), der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.«²⁷ Trotzdem, und darauf besteht Marx, es handelt sich um einen *Fortschritt*. Er ist unabdingbar und unverzichtbar. Denn: »wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie.«²⁸

Natürlich sind die »Zivilisationsgewinne« keine Geschenke des Kapitals an die Menschheit: »Die bürgerliche Gesellschaft setzt (...) die Erklärung der Menschenrechte auf die Tagesordnung. Die moderne Zeit beginnt mit dem Satz, dass alle Menschen gleich seien. (...) Die Voraussetzungen dafür, Wohlstand zu schaffen, Menschen

aus materiellem Elend, aus der Abhängigkeit von der Natur zu befreien, wird mit der Entwicklung dieser modernen Produktionsweise proklamiert und möglich. Zugleich wird diese Möglichkeit wiederum partiell destruiert – etwa die Möglichkeit, Freiheit im Sinne der Reduktion von Arbeitszeit zu schaffen (...) Dieser Widerspruch bildet ja nicht nur eine objektive Logik, sondern bestimmt die Logik der Kämpfe seit 200 Jahren, die den Kapitalismus verändert haben. Das meint hier der Begriff der Moderne. Das muss aber in jedem Punkt deutlich gesagt werden. Zivilisationsgewinne sind nicht Ausdruck einer objektiven Modernisierungstendenz des Kapitalismus, sie sind Ergebnis des Klassenkampfes und sie sind immer wieder bedroht.«²⁹

*

Die Sowjetunion blieb allein inmitten einer feindlichen Umkreisung. Fast ein Jahrzehnt Krieg und Bürgerkrieg hatten das Land ruiniert. Hinzu kam, wie Lenin einschätzte, dass der Kapitalismus keineswegs »mit der Wurzel ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament« entzogen war. »Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf eine neue technische Grundlage, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion, zu stellen. Eine solche Grundlage bildet nur die Elektrizität. *Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des ganzen Landes.* (...) Erst dann, wenn das Land elektrifiziert ist, wenn die Industrie, die Landwirtschaft und das Verkehrswesen eine moderne großindustrielle technische Grundlage erhalten, (...) werden wir endgültig gesiegt haben.«³⁰

»Sowjetmacht plus Elektrifizierung« ist eine *politische* Formel, die Ökonomie, Wissenschaft und Technik, die Natur und die Menschen der Gestaltung des Kommunismus unterordnet. Es ging darum, in kürzester Zeit jene Modernisierung aufzuholen (und zu überholen), die im Westen mit dem 16./17. Jahrhundert eingesetzt hatte. Das ist kein spezifisch sowjetisches Problem. *Alle* Länder, die die kapitalistische Entwicklung überspringen wollten oder wollen – wovor Marx warnt: »Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist..., kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern«³¹ –, waren bzw. sind zur »sozialistischen« ursprünglichen Akkumulation gezwungen³², welche »eigentlich« zum »historischen Beruf« der Bourgeoisie gehört. Wer die Hauptlast auch immer zu tragen hat – in jedem Land fand die (mehr oder minder gewaltsame) Umverteilung von *inneren* Ressourcen und eine Umwälzung der Sozialstruktur statt, während das Kapital, zusätzlich zur Expropriation feudalen und kirchlichen Eigentums, fremde Länder und Völkerschaften ausplünderte und versklavte.

*

Wenn Marx darauf besteht, der Sozialismus muss den Kapitalismus beerben, um nicht wie Don Quichote zu enden, meint er in erster Linie nicht die technischen Standards, die übernommen werden, son-

29 Frank Deppe, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 67.

30 W. I. Lenin: Bericht über die Tätigkeit des Rats der Volkskommissare (VIII. Gesamtrussischer Sowjetkongress, 22.-29.12.1920), in: LW 31, S. 513. – Victor Wallis: Elektrifizierung, in: HKWM. Bd. 3. Berlin-Hamburg 1997, Sp. 237-245.

31 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, S. 15 f.

32 Auch die DDR hatte ihre »ursprüngliche Akkumulation« mehrfach bedingt: Aufbau der kriegszerstörten Wirtschaft, Leistung von Reparationen, Schaffung von durch die Spaltung nun im Westen angesiedelter Zweige (Eisen und Stahl, Werften, Energieerzeugung u. a.) und eine offene Grenze mit ungeheuren menschlichen und materiellen Verlusten, die immer wieder aufgeholt werden mussten.

33 Karl Marx: Grundrisse, S. 105.

dem die Menschen, die die »Ökonomie der Zeit«³³ verinnerlicht haben, rationell und rentabel arbeiten, an Aufgaben schöpferisch herangehen, innovativ sind, um anderen überlegen zu sein, Eigeninitiative entwickeln, kritisch dem Erreichten gegenüberstehen, für die freier Meinungsaustausch und ungehemmte Kommunikation über alle Grenzen hinweg Selbstverständlichkeiten sind, die Selbstbestimmung als Wert empfinden und Selbstbewusstsein besitzen, welches bei politischen Entscheidungen geltend gemacht wird. Das ist das Ergebnis der Schulung und Erziehung durch die bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse. Die Ausprägung dieser Persönlichkeitsmerkmale wird gefördert, weil und soweit sie vom Kapital benötigt werden. Sicher: *Es ist »freie Individualität« unter dem Zwang und im Rahmen der Kapitalverwertung.* Mit der sozialistischen Revolution wird diese »Hülle« gesprengt und alle kreativen Potenzen werden freigesetzt. Dieser Menschentyp ist das wichtigste Startkapital des Sozialismus. Beim »Sprung« über die bürgerliche Gesellschaft hinweg muss er, der diese zivilisatorischen Potenzen bitter nötig hat, um so zu werden, dass er seinen Namen verdient, von Menschen gestaltet werden, die davon so gut wie nichts erfahren und erlebt haben.

34 W. I. Lenin: Über unsere Revolution, in: LW 33, S. 464 ff.

Die *Hauptaufgabe* der neuen Gesellschaft ist die Kulturrevolution. »Kultur« meint mehr als Alphabetisierung, saubere Toiletten in den Gaststätten und sozialistischer Realismus an der verräucherten Wand. Sie ist vor allem Arbeitskultur – nur durch kulturvolles Arbeiten, Wirtschaften erlebt der Arbeitende sich als »Schöpfer«, identifiziert er sich mit dem Arbeitsprozess.

35 Ebenda, S. 464.

36 Wilhelm Liebknecht: Die Grund- und Bodenfrage, in: Kleine politische Schriften, hrsg. von Wolfgang Schröder. Leipzig 1976, S. 66: »Sämtliche Momente, welche heutzutage, (...) die Post zu einer (...) von keinem Privatetablissement auch nur annähernd erreichten Musteranstalt, die Postbeamten durchschnittlich zu Musterbeamten, Mustern von Eifer und Fleiß, gemacht haben, würden sich auch in der sozialistischen Gesellschaft betätigen, und zwar kräftiger als jetzt, weil ungehemmt durch beschränkte Pedanterie.«

Lenin kannte die Rückständigkeit der russischen Lebensweise. Er war sich sicher, die Sowjetmacht werde mit den kulturellen Defiziten fertig werden: »Wenn zur Schaffung des Sozialismus ein bestimmtes Kulturniveau notwendig ist (obwohl niemand sagen kann, wie dieses bestimmte »Kulturniveau« aussieht, denn es ist in jedem westeuropäischen Staat verschieden), warum sollten wir also nicht damit anfangen, auf revolutionärem Wege die Voraussetzungen für dieses bestimmte Niveau zu erringen, und *dann* schon, auf der Grundlage der Arbeiter- und Bauernmacht und der Sowjetordnung, vorwärtsschreiten und die anderen Völker einholen. Für die Schaffung des Sozialismus, sagt ihr, ist Zivilisiertheit erforderlich. Ausgezeichnet. Nun, warum aber konnten wir nicht zuerst solche Voraussetzungen der Zivilisiertheit bei uns schaffen, wie es die Vertreibung der Gutbesitzer und die Vertreibung der russischen Kapitalisten ist, um dann schon mit der Vorwärtsbewegung zum Sozialismus zu beginnen?«³⁴ Die »völlige Ausweglosigkeit der Lage, wodurch die Kräfte der Arbeiter und Bauern verzehnfacht wurden«, geben den Werktätigen Russlands »die Möglichkeit eines anderen Übergangs (...), um die grundlegenden Voraussetzungen der Zivilisation zu schaffen, als in allen übrigen westeuropäischen Staaten«³⁵.

37 W. I. Lenin: Staat und Revolution, in: LW 25, S. 439.

Für ihn ist, in Anlehnung an Liebknecht³⁶, die preußische Post das »Muster sozialistischer Wirtschaft«³⁷; er fordert eine kulturvolle Weise des Handels, ökonomische Rationalität, effiziente Kommunikation, Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit. Seine Orientierung, »man muss sich zur Regel machen: Lieber der Zahl nach weniger, aber höhere Qualität«³⁸, ist die vorweggenommene Kritik der später do-

38 W. I. Lenin: Lieber weniger, aber besser, in: LW 33, S. 477.

minierenden »Tonnenideologie«, bei der die Qualität auf der Strecke blieb.

Von ausschlaggebender Bedeutung dabei seien Rechnungsführung und Kontrolle. Es ist unverzichtbar, auf die vom Kapitalismus geschaffenen »Apparate der Rechnungsführung in Gestalt der Banken, der Syndikate, der Post, der Konsumgenossenschaften und Angestelltenverbände« zurückzugreifen. »Ohne die Großbanken wäre der Sozialismus nicht zu verwirklichen. Die Großbanken *sind* jener »Staatsapparat«, den wir für die Verwirklichung des Sozialismus *brauchen* und den wir vom Kapitalismus *fertig übernehmen*, wobei unsere Aufgabe lediglich darin besteht, das zu *entfernen*, was diesen ausgezeichneten Apparat kapitalistisch *verunstaltet* (...) Eine einheitliche Staatsbank allergrößten Umfangs mit Zweigstellen in jedem Amtsbezirk, bei jeder Fabrik – das ist schon zu neun Zehnteln ein *sozialistischer* Apparat. Das bedeutet eine gesamtstaatliche *Buchführung*, eine gesamtstaatliche *Rechnungsführung* über die Produktion und die Verteilung der Produkte, das ist sozusagen eine Art *Gerippe* der sozialistischen Gesellschaft.« Dazu bedürfe es eines »einzigsten Erlasses der proletarischen Regierung«, der die »Angestellten in Staatsangestellte verwandelt«³⁹.

Trotsky verknüpft die »revolutionär-marxistische Kritik des Amerikanismus« mit dem Appell, von den Amerikanern zu lernen: »Es fehlt uns die Technik der Amerikaner und ihre Arbeitserfahrung. Die Voraussetzung der Technik ist die Wissenschaft: Naturwissenschaft, Physik, Mathematik. Wir haben es dringend notwendig, den Amerikanern auf diesem Gebiet nachzueifern. Wir müssen den Bolschewismus amerikanisch beschlagen – das ist unsere Aufgabe –, uns technisch amerikanisieren.«⁴⁰

Dass die juristische Verwandlung von Privat- in Staatsangestellte keine sozialistische Arbeitseinstellung bewirkt, die technische Entwicklung in den USA in Wechselwirkung steht mit dem Individualismus, der sich in einem System bürgerlicher Rechte bewegt und angetrieben ist vom Konkurrenzkampf, bleibt bei Lenin wie Trotsky »außen vor«.

Der Staatsapparat wurde »vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt«⁴¹. Wie verhielt es sich mit der Partei? Nicht anders, »denn die Spitzen der Partei sind die Spitzen des Sowjetapparates. Das ist ein und dasselbe.«⁴² In den Amtsstuben regierten Bürokratie, Arroganz, Geheimniskrämerei, Kommandoton, Rechthaberei. Die Rückständigkeit unten stand in Wechselwirkung mit der Rückständigkeit oben. »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.«⁴³

Stalin schloss an das an, was vorhanden war. Seine »Leistung« bestand darin, die von Sozialisten und Kommunisten erträumte und angestrebte Welt auf den Kopf zu stellen: Statt vorwärts zur »freien Individualität« (Marx) ging es zurück zu Iwan Grosny (dem Schrecklichen) und Peter I. – die Bevölkerung nichts als »Material«, aus dem die Menschen der Zukunft gebacken werden⁴⁴.

Weil die objektiven wie subjektiven Bedingungen, die vom Kapitalismus hervorgebracht werden, weitgehend fehlten, musste sie der

39 W. I. Lenin: Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?, in: LW 26, S. 89 f.

40 L. D. Trotzki: Europa und Amerika, S. 48 f.

41 W. I. Lenin: Zur Frage der Nationalitäten oder der »Autonomisierung«, in: LW 36, S. 591.

42 W. I. Lenin: Unsere außen- und innenpolitische Lage und die Aufgaben der Partei, in: LW 31, S. 416 f.

43 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: GW 4, S. 362.

44 Heiner Müller: Germania 3. Gespenster am toten Mann (Sz. Panzerschlacht). Köln 1996, 10: »STALIN ... Was ist, wenn unsre Saat nicht aufgeht, Lenin. / Ich habe dieses Land mit Blut gedüngt./ Mit Menschenleibern eine Industrie / Gestampft in meinen Knochenmühlen, ich / Der große Stalin, der Führer der Völker. / Ich bin der Bluthund. Mein Privatbesitz / Sind zwei Paar Stiefel. / Immer stirbt nur einer / War deine Rede, wenn dich wer gefragt hat / Nach deinen Leichen. / Hast du sie gezählt. / Ich bin dein Tod, ich kann sie nicht mehr zählen. / Weil sie der Boden sind, / den wir begehnen / Auf unserm Weg in deine lichte Zukunft. / Die Menschheit ist ein / trübes Material / Ameisen unterm Stiefel. / Wie soll ich / Die träge Masse Russland im Genick / Den neuen Menschen schaffen, wenn der alte / Nicht liquidiert wird, Gestern für dein Morgen. / Das Massengrab geht mit der Zukunft schwanger / Menschen aus neuem Fleisch sind was die Zeit braucht. / Ich backe sie aus ihrem eignen Blut / Und kein

Prometheus kommt mir in die Quere / Am Felsen ist noch Platz im Kaukasus.«

45 J. W. Stalin: Rechenschaftsbericht an den XVIII. Parteitag (1939), in: Fragen des Leninismus. 4. Aufl. Berlin/DDR 1950, S. 715.

46 Jürgen Meier: a. a. O., S. 549.

47 Kurt Hager: Marxismus-Leninismus und Gegenwart. Vortrag auf der wissenschaftlich-methodischen Konferenz des marxistisch-leninistischen Grundlagensstudiums am 24. Oktober 1986 in der Humboldt-Universität zu Berlin. Berlin/DDR 1986, S. 35.

»Wille zum Erfolg« ersetzen, der die Geschichte überlistet. Voluntarismus dominiert, wenn »naturgemäße Entwicklungsphasen« (Marx) übersprungen werden. Er ist charakterisiert durch Handeln ohne zureichende Voraussetzungen objektiver und/oder subjektiver Art. Ist die »Linie« klar⁴⁵ – und sie ist, weil von der allwissenden Führung vorgegeben, immer klar –, ist das Unmögliche möglich, es muss von den Kadern nur »durchgestellt« werden. Jesuitismus herrscht: Der Erfolg rechtfertigt jedes Mittel; stellt er sich nicht ein, wird er behauptet oder das Versagen wird feindlichen Kräften angelastet. Zahlreiche Prozesse der 1930er Jahre dienten der Vertuschung der katastrophalen Folgen subjektivistischer Willkür bei den ökonomischen Zielen und voluntaristischen Methoden ihrer Umsetzung.

Ein Sozialismus, der nicht »von unten«, von mündigen, selbstbewussten und kritischen Menschen getragen und gestaltet ist, hat letztlich keinen Bestand. Die nach 1917, nach 1945 errichteten Ordnungen kamen bis zum »Staatsmonopolismus«⁴⁶, der selbst das untere Druck der wissenschaftlich-technischen Revolution angerufene »Schöpfertum« vorgab. Das Ideal der Politbürokratie war der »Rationalisierungsmittelbauer«, dessen Teilhabe an der »sozialistischen Demokratie« auf die Einreichung von Neuerervorschlägen beschränkt blieb.⁴⁷

*

»Als Weltsystem und als gesellschaftliches und Wirtschaftssystem ist der Kapitalismus in diesem Sinne erst jetzt zu sich selber gekommen. Vielleicht ist das einer der Gründe, warum es gegenwärtig recht genau so abläuft, wie bei Marx im »Manifest« beschrieben. Nachdem es jene historischen Hemmfaktoren nicht mehr gibt, funktionierte Kapitalismus so, wie er seinem Charakter gemäß zu funktionieren tendiert.«⁴⁸

Die Frage ist, was bringen uns die nächsten Jahre und Jahrzehnte? Weit verbreitet ist die Meinung, wenn sich nicht bald etwas ändert kommt es zur Katastrophe. Die Linke beschwört Rosa Luxemburg: »Sozialismus oder Untergang in der Barbarei!«⁴⁹ Wie die Änderungen aussehen sollen und müssen, das malt sich jeder anders aus. Ist der Kapitalismus »reif« für seine Aufhebung? Steht die sozialistische Gesellschaft auf der Tagesordnung? Das dürfte ein Tagtraum sein. Also muss der Sozialismus warten, bis die Globalisierung weltweit durchgesetzt ist? Das klingt blasphemisch – verständlich, denn die Menschheit hat genug kapitalistische Scheußlichkeiten erlebt und erlebt jeden Tag neue. Der »Kampf um minimale zivilisatorische Standards und demokratische Grundrechte« ist in dieser Situation »eine unabdingbare Voraussetzung dafür (...), eine sozialistische Perspektive offen halten zu können. In jedem Fall aber behält die Erkenntnis sozialistischer Theorie ihre Gültigkeit, dass sich Demokratie und Menschenrechte dauerhaft nicht auf Basis kapitalistischer Produktions- und Eigentumsverhältnisse verwirklichen lassen.«⁵⁰

Umwälzungen, Revolten, Revolutionen sitzen nicht im Wartesaal, erheben sich auf Kommando und nehmen die Gesellschaft handstreichartig in Besitz. Die Globalisierung kann sich nicht anders als in Widersprüchen vollziehen, die Widerstand, Empörung, Rebellion,

48 Erhard Crome, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 115.

49 Rosa Luxemburg: Was will der Spartakusbund?, in: GW 4, S. 441. – Vgl. Karl Kautsky: Das Erfurter Programm in seinem grundsätzlichen Teil erläutert. 9. Aufl. Stuttgart 1908, S. 137: »Ein Beharren in der kapitalistischen Zivilisation ist unmöglich; es heißt entweder vorwärts zum Sozialismus oder rückwärts in die Barbarei.«

50 Lothar Peter, in: Unterhaltungen über den Sozialismus, S. 217 f.

Terror und Barbarei hervorrufen, Klassenkampf ohne »klassische« Klassen, Parteienkampf im Sinne des Kampfes von Richtungen, Positionen, Meinungen und Entwürfen der sozialistischen Zukunft wie gegen diese.

»Die peripheren Bewegungen gegen den Kapitalismus sind noch lange nicht beendet, sie sind teilweise antikapitalistische Bewegungen, die antimodern gegenüber der Zivilisation sind.«⁵¹ Darin ordnet sich der (emotional wohl begründete) Antiamerikanismus ein: »In gewisser Weise machen Ansätze zu einem solchen pluralen Universalismus die Stärke und Attraktivität des US-amerikanischen Zivilisationsmodells aus. Sie sind vielfach durchkreuzt, ideologisch verheuchelt, durch Partikularismen und ungeheure Machtkonzentrationen ausgehöhlt, und dennoch sind darin auch Elemente einer künftigen Weltgesellschaft enthalten. Diese Zweideutigkeit macht den Antiamerikanismus so fragwürdig.«⁵²

Der »historische Beruf« des Kapitals ist nicht zu Ende. Abschottung gegenüber der und Blockaden seiner Modernisierung blockieren die Suche nach und Erprobung von Alternativen. Worin sie bestehen ist Gegenstand der Sozialismus-Debatte. Zweifelndes Fragen ist produktiver, als mit fertigen Antworten aufzuwarten: »Stellen wir uns das Transformationsziel Sozialismus als ein neues gesellschaftliches Gesamtverhältnis vor, das erst nach der völligen Überwindung all dessen, was wir uns unter Kapitalismus vorstellen, entstehen kann? So dass dann alle Regulierungsschritte nur Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel wären? Oder stellen wir uns eine Bewegung in mehreren Schritten vor, die nicht nur praktischer Natur sind, sondern auch eine bestimmte gesellschaftliche Ordnung einschließen, die aber auf dem Gesamtboden erwachsen, den wir unter dem Begriff Kapitalverhältnis zusammengefasst haben? Wie denken wir Transformation in verschiedenen Ordnungen?«⁵³

51 Wolfgang Küttler, in: Ebenda, S. 60.

52 Wolfgang Fritz Haug, in: Ebenda, S. 221.

53 Wolfgang Küttler, in: Ebenda, S. 71.